



Während der Klimawandel zur Chefsache wird

(Carbon Disclosure Project) ,

ist der Mikrofinance-Ansatz gescheitert *(eine Reflexion) ?*



Beiträge zum STAKEHOLDER- DIALOG: “Vision 2050”

INHALT

Editorial

Europa ist multikulturell 3

Wochenrückblick

MAN legt Strategie für Corporate Responsibility (CR) vor. 4

EnBW: 6,5 MW Solarpark auf ehemaligen Deponiegelände 4

Don Bosco Ethik Fonds. 5

Nachhaltigkeit

Klimawandel wird zur Chefsache 6

Serie: Start-ups der Nachhaltigkeit 9

Institut für Cultural Entrepreneurship 11

Soziales

Gescheiterte Hoffnungen, Oliver Ginsberg 13

Gender und Social Gap: Keine Besserung 16

Buchbesprechung

Zeit, die Komfortzone zu verlassen 18

Wie bringt man die Natur zurück in die Stadt? Ein Buch mit 20 spektakuläre

Projekte in ganz Europa: Nachhaltiger Städtebau 19

EU-Report

Kurzmeldungen 20

Forschung und Wirtschaftskrise: Investitionskürzungen führender

Unternehmen in der EU geringer als in den USA,

Europa dennoch weiterhin deutlich im Rückstand 26

Europäische Kommission will Stärkung des Binnenmarkts durch

Wirtschaftswachstum und den Ausbau der Rechte der Bürger bessern . . 29

Die Industrie für Europa – Europa für die Industrie 33

Leitlinien zur Vermeidung von Konflikten zwischen Windenergieausbau

und Biodiversitätspolitik 35



IMPRESSUM:

Verleger/Eigentümer: Glocalist Media & Think-Net for Sustainability GmbH
Glocalist Medien – Berlin:
Brückenstrasse 2, 12439 Berlin
office@glocalist.com
Web: www.glocalist.com
Anschrift Österreich: Glocalist Medien,
Bechardg. 16/20, 1030 Wien.
Tel: +43/1/710 16 46

Herausgeber:

Dr. Christian Neugebauer:
office@glocalist.com

Chefredaktion:

Mag.(FH) Ing. Bettina Dürrheim
chefredaktion@glocalist.com

Anzeigen:

anzeigenleitung@glocalist.com

Abonnement: www.glocalist.com
unter Menüpunkt „Abonnement“.

Bilder: Sofern nicht anders
angegeben: Archiv Glocalist Medien
sowie Autorenbilder

BEIRAT ÖSTERREICH:

Anna Spinka, Industriellenvereinigung
Sigrid Greutter-Kuhn, debra-austria
(Schmetterlingskinder)

Nicholas Hauser, Sekretär der GPA

Kurt Krickler, ist Mitbegründer und
seitler Mitarbeiter der Homosexuellen

Initiative (HOSI) Wien

Wolfgang Pekny, Greenpace -

Plattform Footprint

Dieter Schindlauer, Obmann des

Vereins ZARA

Christiana Weidel, Obfrau World of
NGOs

Ernst Kurt Weigel, Freier Autor &
Theatermacher

BEIRAT DEUTSCHLAND:

Michael Assländer, Deutsches

Netzwerk Wirtschaftsethik

Martin Dieckmann, Referent für

Medienpolitik und Medienwirtschaft

beim ver.di-Bundesvorstand Stefan

Nährlich, Geschäftsführer der

Aktiven Bürgerschaft Peter Wahl,

GF „Weltwirtschaft, Ökologie &

Entwicklung – WEED“.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte
und LeserInnenbriefe wird keine Haftung
und Gewährleistung übernommen. Der
Herausgeber und die Redaktion behalten
sich eventuelle Kürzungen vor. Namentlich
gekennzeichnete Beiträge drücken nicht un-
bedingt die Meinung des Herausgebers und
der Redaktion aus und für Beiträge und ihren
Wahrheitsgehalt haften ausschließlich die
AutorInnen. Unverlangte Sendungen, für die
weder Verlag noch Redaktion eine Haftung
übernehmen, werden nur dann zurückge-
sandt, wenn ausreichend Rückporto beiliegt.

Europa ist multikulturell

Europa und jeder einzelne Staat in Europa ist multikulturell, ein Einwanderungsland heute wie damals und jeder, der da meint, er sei der leibhaftige Ausdruck oder gar Repräsentant einer Nation – der wahre Österreicher, Wallone, Deutsche oder was auch immer – macht sich lächerlich und sollte einfach mal Geschichte lernen wie auch seine Familiengeschichte unvoreingenommen betrachten.

Aber, Europa soll und darf aber nicht beliebig sein: Die europäischen Grundwerte – dies meint nicht, dass diese erfüllt sind und hier nicht erhebliche Defizite bestehen – sind Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltentrennung und Demokratie.

All jene, die diese Werte nicht anerkennen sind nicht integriert und haben diese Werte ohne Wenn und Aber anzuerkennen. In welcher Sprache und in welcher Tracht oder Herkunft ist ohne Bedeutung.

In diesem Zusammenhang ist es schon eine Realsatire, wenn ausgerechnet Herr Seehofer hier die Forderung im besten Bayrisch erhebt, dass man schon Deutsch können müsse. Wohl damit nur und ausschließlich die bayrische Mundart gemeint?! Oder will uns Seehofer auch eine dialektale Festschreibung vorschreiben?

Von daher ist die Integrationsdebatte nur eine rechtslastige Panikmache, um Menschen von den tatsächlichen Herausforderungen und Fragen abzulenken, die da sind: Wie schaffen wir eine Wende zur Nachhaltigkeit, sprich eine soziale, ökonomische und ökologische Gerechtigkeit. Das sind die Fragen, die heute entscheidend sind. ■



CHRISTIAN NEUGEBAUER,
HERAUSGEBER

EINLADUNG STAKEHOLDER-DIALOG "Vision 2050" .37

Vision und Machbarkeit, Michael May	38
Und was wird aus dem Land? Kenneth Anders.	40
Die Vision 2050 zwischen Wunsch und Wirklichkeit; Petra Kreinecker. . .	42

Anhang

"Vision 2050" – WBCSD (World Business Council for Sustainable Development)	45
--	----

MAN legt Strategie für Corporate Responsibility (CR) vor

In dem Strategiebericht „Unsere Verantwortung“ hat die MAN SE die Ziele und Pläne ihrer CR dargelegt. Dabei hat man sich auch damit auseinandergesetzt, dass die Produkte die CO2-Bilanz des Transports sowie der Energieerzeugung mitbestimmen.

Nach der Einrichtung einer zentralen, gruppenweiten Funktion für CR Anfang 2010 wurde der Ansatz der nachhaltigen Wertschöpfung als fester Bestandteil der Unternehmensstrategie mit konkreten Meilensteinen umgesetzt und transparent gemacht, so MAN in seiner Aussendung. Seit bereits 6 Jahren setzt sich MAN mit den Bereichen Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft auseinander und hat nun auf dieser Basis eine klare und langfristige CR-Strategie mit Handlungsfeldern und Zielen entwickelt, die durch ihren integrierten Ansatz die nachhaltige Wertschöpfung sichert.

Den Rahmen der CR-Strategie bilden die vier Megatrends Klimawandel, Globalisierung, demografische Entwicklung und Urbanisierung. Sie wirken sich auf alle zentralen MAN-Themen aus, beispielsweise auf die Transportsysteme, Mobilitätsstrukturen und die Energieinfrastruktur.

Auf dieser Grundlage hat das CR-Excellence-Team von MAN, das sich aus Experten der Unternehmensbereiche und Mitarbeitern in zentralen Funktionen zusammensetzt, konkrete CR-Handlungsfelder in den Bereichen Corporate Governance, Lieferanten-, Umwelt- und Personalmanagement abgeleitet. In allen Bereichen spielt der Stakeholder-Dialog eine zentrale Rolle.

Im CR-Fahrplan ist festgelegt, welche Ziele wie und wann umgesetzt werden sollen. Für jedes Jahr werden daraus künftig Programme abgeleitet, die mit Verantwortlichkeiten und Terminen hinterlegt sind. „Als multinationales Unternehmen hat MAN einen klaren Auftrag, das Thema Verantwortung

und Nachhaltigkeit in der DNA des Unternehmens zu verankern, und zwar nicht nur mit technologischen Lösungen. Wir wollen Corporate Responsibility auch in Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen: als Treiber für zukunftsfähige Strukturen und neue Denkmuster in den Köpfen“, sagt Jörg Schwitalla, Vorstandsmitglied der MAN SE.

EnBW: 6,5 MW Solarpark auf ehemaligen Deponiegelände

In Ulm-Eggingen hat die EnBW Erneuerbare Energien GmbH einen der größten Solarparks in Baden-Württemberg auf ehemaligen Deponiegelände eingeweiht. Der Solarpark wird mit einer Leistung von 6,5 Megawatt jährlich rund 6,9 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugen.

Damit können rund 2000 Haushalte versorgt und rund 4000 Tonnen CO2 eingespart werden.

Bundesministerin für Bildung und Forschung Prof. Dr. Annette Schavan: „Der Solarpark ist ein Beispiel dafür, wie im Zusammenspiel von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Verwaltung und nicht zuletzt der Bürgerschaft einer Region innovative und zukunftsweisende Projekte erfolgreich umgesetzt werden können. Ich bin davon überzeugt, dass der Umbau der Energieversorgung zu den technisch und intellektuell interessantesten Aufgaben unserer Zeit gehört.“

„Die EnBW hat mit dem Solarpark in Ulm-Eggingen ihre installierte Leistung im Bereich Fotovoltaik auf rund zehn Megawatt erhöht. Und der Ausbau geht weiter: Wir setzen insbesondere auf die Projektentwicklung von Deponie- und Konversionsflächen sowie großen Dachflächen“, erklärt Stefan Thiele, Sprecher der Geschäftsführung der EnBW Erneuerbare Energien GmbH.

„Dieser neue Solarpark auf einer ehemaligen Deponie ist ein Musterbeispiel für eine intelligente Flächennutzung und ein

wichtiger Beitrag der EnBW zu einem sinnvollen Energiemix“, sagte Landrat Heinz Seiffert (Alb-Donau-Kreis) bei der Einweihung.

Innerhalb von nur drei Monaten Bauzeit hat die EnBW den Solarpark auf einer ehemaligen Hausmülldeponie errichtet. Auf der rund neun Hektar großen Fläche verwendet die EnBW polykristalline Fotovoltaik-Module des Herstellers Solarfun und Zentralwechselrichter von Siemens.

Ziel der EnBW ist es, den Anteil der Erneuerbaren Energien im Energiemix der EnBW bis zum Jahr 2020 auf rund 20 % zu erhöhen. Dabei setzt die EnBW neben dem Ausbau der Windenergie on- und offshore und ihrem traditionell hohen Engagement in der Wasserkraft auf Solarenergie sowie Biomasse und Biogas. Im Bereich Fotovoltaik betreibt die EnBW neben dem Solarpark in Ulm-Eggingen bisher eine große Anlage in Leibertingen mit 2,1 MW, drei Solaranlagen auf EnBW-eigenen Dachflächen mit zusammen 1 MW sowie weitere kleine Anlagen.

Don Bosco Ethik Fonds

Gemeinsam mit dem Bankhaus Jungholz hat die entwicklungspolitische Hilfsorganisation Jugend Eine Welt den Ethik-Investmentfonds „Don Bosco Ethik fructus omnibus“ entwickelt. Im Dezember 2008 wurde der Fonds lanciert. Jetzt kann man auch entsprechendes Sparbuch dazu eröffnen.

Investieren mit ansprechenden Renditechancen und bestem Gewissen können Anleger schon seit längerem in den „Don Bosco Ethik fructus omnibus“, den von Jugend Eine Welt und der Raiffeisenbank Reutte, mit dem angeschlossenen Bankhaus Jungholz, entwickelten Fonds.

Neu ist: Jeder Neukunde der Direkt-Anlage Österreich, der bis 31. Jänner 2011 einen Sparplan für den „Don Bosco Ethik fructus omnibus“ abschließt, hat handfeste finanzielle Vorteile. Die Direkt-Anlage Österreich verzichtet auf Kontoführungs- und Depotgebühr solange der Anspardauerauftrag besteht.

Die Sparplan-Veranlagung beim „Don Bosco Ethik fructus omnibus“ ist bei der Direkt-Anlage Österreich bereits ab 50 Euro monatlich möglich.

Fair investieren: Don Bosco Ethik Fonds

In den letzten Jahren ist ethisches Investment auch in Österreich zum Thema geworden. Viele InvestorInnen möchten wissen, was sie mit dem Kauf eines Finanzproduktes eigentlich finanzieren. Es ist Ihnen wichtig, mit ihrer Geldanlage nicht die Produktion von Waffen oder von illegalen Geschäften zu ermöglichen. Tatsächlich ist es widersprüchlich, einerseits Menschen durch Spenden zu helfen und andererseits mit der Geldanlage jene Strukturen zu unterstützen, welche die Notwendigkeit einer Spende verursachen. Der Fonds investiert „sowohl nach Positiv- als auch nach Ausschlusskriterien“, erläutert Reinhard Heiserer, Geschäftsführer von Jugend Eine Welt.

Mit der Auflage dieses ethischen Investmentfonds zielt Jugend Eine Welt auf eine – über die bestehenden Kinder- und Jugendprojekte hinaus – doppelte Förderung ihrer Arbeit. Denn einerseits „wollen wir AnlegerInnen eine Möglichkeit schaffen, mit einer sozial und ökologisch verantwortlichen Geldveranlagung gerechte und nachhaltige Wirtschaftspraktiken zu fördern, bei denen Respekt von Menschen, Umwelt und Gesellschaft einen hohen Stellenwert einnehmen.“, so Reinhard Heiserer.

Andererseits profitiert Jugend Eine Welt direkt von der ethischen Veranlagung der SparerInnen. Denn bei Kunden der Direkt-Anlage Österreich geht die Hälfte des bereits auf zwei Prozent reduzierten Ausgabeaufschlags an den Verein. Überdies 0,25 Prozentpunkte der jährlichen Verwaltungsgebühr des Fonds. „Somit eine typische Win-win-Situation für Jugend Eine Welt und AnlegerInnen mit ethischer Ausrichtung“, sagt Florian Herfurth, Leiter der Direkt-Anlage Österreich.

Der Fonds eignet sich für AnlegerInnen, die eine sicherheitsorientierte Kapitalanlage auf Basis ethischer Kriterien planen.■

Klimawandel wird zur Chefsache

Das Carbon Disclosure Project (CDP), eine führende internationale Organisation im Kampf gegen den Klimawandel, führt seit über 10 Jahren regelmäßig die weltweit umfassendste Erhebung von Klimadaten von Unternehmen durch. Die Ergebnisse der Berichte dienen insbesondere Kapitalmarktteilnehmern zur Verbesserung von Investmententscheidungen.

Der Deutschland-Bericht 2010, der in diesem Jahr zum fünften Mal erscheint, wurde im Auftrag des CDP von der WestLB erstellt – mit Unterstützung der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie des WWF Deutschland. Er wird heute in Frankfurt der Öffentlichkeit präsentiert. Er stellt die Ergebnisse der Klima-Berichterstattung der 200 größten deutschen börsennotierten Unternehmen vor.

Deutlich mehr Transparenz im Klima-Reporting

Das CDP konnte in diesem Jahr eine Rekord-Beteiligungsquote von 61 Prozent verzeichnen: 122 der 200 befragten Unternehmen und damit 20 Prozent mehr als im Vorjahr haben sich an der Berichterstattung beteiligt. Davon waren 76 Unternehmen (+23 Prozent gegenüber Vorjahr) bereit und in der Lage, den Umfang ihrer Treibhausgas-Emissionen zu messen und zu berichten.

Von den aktuellen DAX30-Unternehmen nahmen mit nur einer Ausnahme alle Gesellschaften teil. Im MDAX lag die Quote bei hohen 70 Prozent (68 Prozent im Vorjahr). Auffallend positiv entwickelte sich auch die Beteiligung bei Small- und Midcaps: im TecDAX sprang die Teilnahme auf 69 Prozent, im SDAX auf 42 Prozent (33 bzw. 16 Prozent im Vorjahr). Insgesamt decken die berichtenden Unternehmen mehr als 90 Prozent der Marktkapitalisierung der befragten Unternehmen ab.

Obwohl die bereitgestellten Klimadaten in erster Linie von institutionellen Investoren und Vermögensverwaltern genutzt werden, erklärten sich 57 Prozent der teilnehmenden Unternehmen (im Vorjahr erst 40 Prozent) bereit, ihre durch das CDP erhobenen Klimadaten auch öffentlich verfügbar zu machen.

„Hintergrund dieser positiven Entwicklung zu mehr Klimatransparenz ist vor allem, dass Unternehmen die erfolgskritische Bedeutung von Klimawandel erkannt haben. Zwei Drittel der Unternehmen haben deshalb die Verantwortung für das Thema auf Vorstandsebene angesiedelt und es als festen Bestandteil in ihre Unternehmensstrategien integriert“, sagt Caspar von Blomberg, Europa-Chef des CDP. „Der Bewusstseins-wandel ist im vollen Gange. Klimawandel hat fundamentale Implikationen für viele Geschäftsmodelle und um den Zugang zum Kapitalmarkt zu erhalten, muss ein Unternehmen heute Rechenschaft über seine Klimaaktivitäten ablegen.“

Der Trend zu immer größerer Transparenz in der Klimabilanz deutscher Unternehmen spiegelt sich auch in den insgesamt guten Bewertungen des CDP wider. Beim sogenannten „Disclosure Scoring“, bei dem die Qualität der Klimaberichterstattung gemessen wird, wurden 30 Unternehmen erstmals in den deutschen Carbon Disclosure Leadership Index aufgenommen. Die vier Spitzenreiter Siemens, Deutsche Post, BASF und Bayer haben sich dabei auch international jeweils als Branchenführer im Klimareporting durchgesetzt.

Schwächen in der Klima-Performance

Dagegen konnten sich nur neun Unternehmen (acht aus dem DAX30 sowie TUI) für den deutschen Carbon Performance Leadership Index qualifizieren, bei dem nur die Unternehmen berücksichtigt werden, die bereits gute Strukturen und Prozesse für das aktive Management des Klimawandels und für die Reduktion von Emissionen im Unternehmen geschaffen haben. Dies ist umso erstaunlicher, als in diesem Jahr zunächst nur qualitative Managementindikatoren in die Bewertung eingeflossen sind und quantitative Effekte wie etwa die Emissionsentwicklung noch unberücksichtigt blieben.

Im Berichtsjahr 2009 sind die CO₂-Emissionen der Unternehmen, die auch 2008 schon berichtet hatten, um 6,5 Prozent zurückgegangen. Doch dies ist im Wesentlichen nicht auf Klimaschutzmaßnahmen, sondern überwiegend auf Konjunkturfälle zurückzuführen und die Emissionen liegen damit immer noch über dem Niveau von 2007, dem Jahr vor der Wirtschaftskrise. Tatsächlich zeigen zwei Drittel dieser Unternehmen eine deutlich höhere Emission-sintensität, d.h. sie haben mehr Emissionen pro Umsatz ausgestoßen. Diese Entwicklung geht einher mit der Tatsache, dass die berichteten Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen um fast die Hälfte auf 27 Milliarden EURO zurückgenommen wurden. Auch ging die Zahl der Unternehmen, die die Ziele zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen mit konkreten Maßnahmen unterlegt haben, spürbar von 77 auf nur noch 59 zurück. Bei der Entwicklung von „Green Products“ gibt es ebenfalls bemerkenswerten Aufholbedarf. So geben beispielsweise nur 29 Prozent aller berichtenden Finanzdienstleister an, Produkte anzubieten, die zum Klimaschutz beitragen.

„Leider machen sich die sichtbaren Fortschritte der Unternehmen bei der Berichterstattung über und das Bewusstsein für den Klimawandel noch nicht genug in der Klimaperformance und in wirksamen CO₂-Vermeidungsmaßnahmen bemerk-

bar“, sagt von Blomberg. „Die Wirtschaftskrise hat den Fokus abgelenkt, und die Unsicherheit über das Fehlen eines multilateralen Klimaschutzabkommens hat die Rahmenbedingungen für Investitionen nicht verbessert. Wir brauchen eine gemeinsame Initiative von Kapitalmarkt und Unternehmen zur schnellen und wirksamen Vermeidung von CO₂-Emissionen.“

Mit seinem Klima-Reporting möchte das CDP den Unternehmen Impulse geben, zur Entwicklung und der Umsetzung von umweltorientierten Geschäftsstrategien. Klimareporting ist dabei eine Chance für Energie- und Kostenreduktion, gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit und moderne Unternehmensführung. „Das Carbon Disclosure Project hat die Marktmacht der institutionellen Investoren und Vermögensverwalter mobilisiert, um große börsennotierte Unternehmen zu klimabewusstem Verhalten zu bewegen. Es leistet somit einen entscheidenden Beitrag für eine Entwicklung hin zur Niedrigemissionswirtschaft“, sagt Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen über die Arbeit des CDP.

Die wichtigsten Ergebnisse des CDP-Berichts 2010 im Überblick:

- **Rekord Beteiligungsquote von 61 Prozent:** Insgesamt 122 (+20%) von insgesamt 200 befragten Unternehmen beteiligten sich am diesjährigen CDP Reporting. Von den im DAX gelisteten Unternehmen nahmen mit einer Ausnahme alle Gesellschaften teil. Im MDAX lag die Teilnahmequote bei 70%. Auffallend positiv entwickelte sich die Beteiligungsquote bei den im Tec- und SDAX gelisteten Unternehmen. Insgesamt decken die berichtenden Unternehmen mehr als 90% der Marktkapitalisierung ab.
- **Sprunghafter Anstieg der Transparenz für die Öffentlichkeit:** 57% der antwortenden Unternehmen (im Vj. erst 40%) machen ihre Klimadaten auch öffentlich einsehbar, beim DAX30 sogar 86%.

- **Rekord-Abdeckung von berichteten Emissionsdaten:** um 22% stieg die Zahl der Unternehmen an, die ihre Treibhausgas-Emissionen gemessen und veröffentlicht haben – es sind inzwischen zwei Drittel aller berichtenden Unternehmen. Die Erfassung von Treibhausgasen ist damit zum Standard bei Unternehmen geworden – dies ist die Voraussetzung dafür, dass Emissionen auch kontrolliert und reduziert werden können.
- **Beste Reporting-Compliance bei emissionsintensiven Sektoren:** Bei Automotive und Versorgern beteiligen sich vier von fünf befragten Unternehmen am Klima-Reporting (70% bzw. 77%).
- **Klimawandel ist Vorstandsthema:** 61% (Vj. 41%) der antwortenden Unternehmen haben die Klimaverantwortung beim Vorstand verankert und 73% haben ihre Maßnahmen zum Klimamanagement fest in die Geschäftsstrategie integriert.
- **Trend zur externen Verifizierung der Daten unterbrochen:** Gegenläufig zum internationalen Trend haben nur noch 39 Unternehmen (Vj.: 42) ihre Klimadaten extern verifizieren lassen - und das, obwohl erheblich mehr Unternehmen ihre Emissionen gemessen haben (+22%).
- **Big is beautiful:** Große Unternehmen weisen insgesamt deutlich bessere Performance-Bewertungen auf als mittlere und kleine. In den erstmals gebildeten Performance Index (CPLI) der Unternehmen mit dem besten Management von Klimachancen und -risiken, haben es nur 8 DAX-Unternehmen und ein MDAX-Wert geschafft.
- **Treibhausgasemissionen sind 2009 zurück gegangen:** Auf vergleichbarer Basis konnte der Ausstoß von CO₂-Emissionen um 6,5 Prozent gegenüber Vorjahr reduziert werden. Dabei waren überwiegend konjunkturelle Effekte wirksam. Die Emissionen lagen 2009 noch über dem Niveau von 2007, d.h. vor der Wirtschaftskrise.
- **Strategien zur Emissionsreduktion noch nicht wirksam:** Zwar haben inzwischen 45 Prozent (+6%-Punkte ggü. Vj.) der Unternehmen konkrete, quantitative Ziele zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen. Doch diese schlagen sich meist noch nicht nieder: Bereinigt um Umsatzveränderungen konnten nur ein Drittel der Unternehmen ihre Emissionen reduzieren, zwei Drittel weisen dagegen höhere Emissionen pro Umsatz aus. ■

Serie

Start-ups der Nachhaltigkeit

Es dürfte gerade eine Gründerinnen- und Gründerwelle durch Deutschland und Österreich rollen. Die Glocalist Medien haben über ihre Tages-Online-Zeitung für Nachhaltigkeit einen „Open Call“ gestartet, um Start-ups der Nachhaltigkeit vorzustellen. Die Resonanz war überwältigend, weshalb wir uns entschlossen haben, daraus eine Serie zu gestalten. In jeder Serie sollen jeweils nur zwei Start-ups der Nachhaltigkeit mit ihren eige-

nen Worten präsentiert werden.

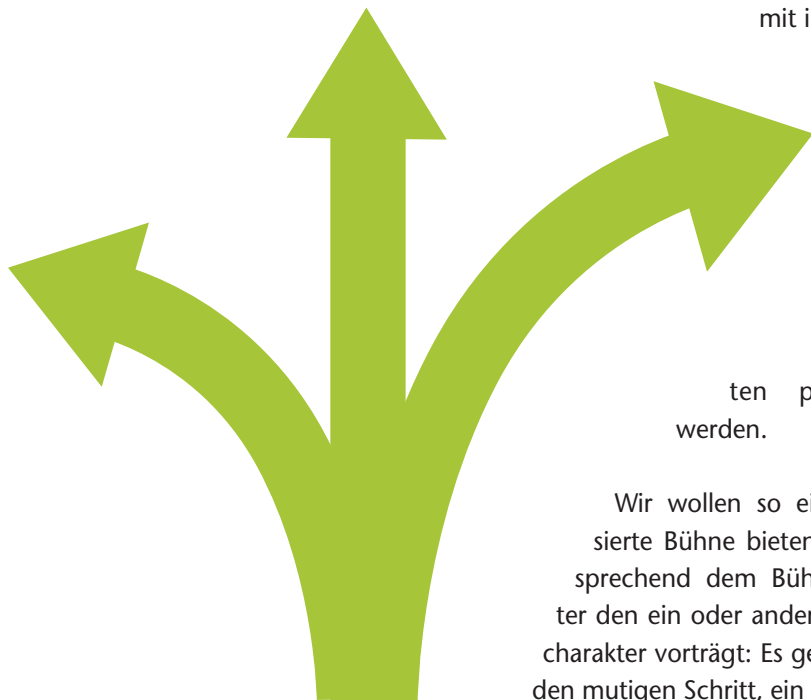
Start-ups aktuell kämpfen. Hier haben wir doch deutliche Unterschiede in den jeweiligen Herausforderungen und Problemen, die Start-ups der Nachhaltigkeit in Österreich und in Deutschland zu matchen haben, festgestellt.

Das Hauptproblem in Österreich dürfte sein, nach zahlreichen Gesprächen mit österreichischen Start-ups, die österreichische Klügel- und Freunderlwirtschaft und die oft parteipolitische motivierte Gewährung bzw. Nichtgewährung von staatlichen Subventionen und Unterstützungen sowie die „Schmutzkonzurrenz“ durch staatsnahe bzw. der Sozialpartnerschaft nahe stehenden Organisationen, die einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb verzerren.

In Deutschland stellt sich als Hauptherausforderung im Zugang zu Gründungskapital und die restriktive Kreditpolitik von Banken gegenüber Kleinunternehmen dar sowie die Herausforderung Marktkommunikation: Um sich auf dem deutschen Markt zu etablieren, braucht es hinreichende Marketing- und Werbebudgets, die für ein Start-up kaum aufzubringen sind. Auch ist eine überbordende Unübersichtlichkeit der jeweiligen Förderungsmaßnahmen gegeben, aber, was erstaunen mag, gibt es zahlreiche Venture Capital und Incubator Gesellschaften auf privatwirtschaftlicher Ebene, die den Start-ups weitgehend unbekannt sind und umgekehrt. Hier gibt es ein deutliches Matchingproblem: Venture Capital Organisationen und Incubators suchen verzweifelt nach Investitions-

Wir wollen so eine fokussierte Bühne bieten, die entsprechend dem Bühnencharakter den ein oder anderen Glanzcharakter vorträgt: Es geht darum den mutigen Schritt, ein Unternehmen der Nachhaltigkeit in Zeiten der Wirtschaftskrise zu belohnen und vor den Vorhang zu bitten.

Wir waren auch von der Vielfalt und dem Engagement positiv überrascht, konnten aber in den zahlreichen Gesprächen auch die Probleme erfahren, mit welchen diese



möglichkeiten und Start-ups suchen verzweifelt nach Kapital und Beteiligungen.

Vergleicht man die Problemlagen in Deutschland und Österreich, so scheinen jene in Deutschland eher lösbar zu sein als jene in Österreich, denn im Falle Österreich rührt es an den politischen Establishment- und Entscheidungsstrukturen.

In Summe aber ein positives Bild, denn es gibt offensichtlich eine vitale Gründerinnen- und Gründerszene sowohl in Österreich als auch in Deutschland. Und das stimmt für eine Wende zur Nachhaltigkeit positiv.

Abschließend ein Wort zur Auswahl: Sicher ist die Auswahl subjektiv und auch von Zufällen geprägt. Es mag und wird sicher noch weit mehr positive Beispiele von Start-ups der Nachhaltigkeit in Deutschland und Österreich geben: Wir werden versuchen diese zu finden, ersuchen aber auch unsere Leserinnen und Leser Start-ups in ihrem Umfeld von dieser Maßnahme der Glocalist Medien zu informieren, damit Start-ups der Nachhaltigkeit ihre verdiente Bühne finden. Die Auswahl und Vorstellung stellt auch keine Empfehlung der Glocalist Medien dar, sondern will auf Potentiale und Möglichkeiten aufmerksam machen: Mehr kann man nicht verlangen, weniger darf man nicht fordern.

Bisher wurden vorgestellt: „WeGreen“ und „Trennungswegen“, "echo e.V. – die globale Agora und wadi – solare Trinkwasserdesinfektion", "toodot", "knallgrün", "dwys" (Köln), "kuselver", "Bekleidungsmyndkat", "WindCube", "Akademie für Management und Nachhaltigkeit", "ARTIK-Tanken", "EcoLibro", "Gundara" und "CoReCo"vor. ■

Die Spielregeln

Sie haben ein Start-up der Nachhaltigkeit gegründet oder kennen eines? Die Einreichfrist ist jeweils wöchentlich der Donnerstag. Die Glocalist Medien-Medien für Nachhaltigkeit wollen wieder Start-ups der Nachhaltigkeit vorstellen – völlig kostenfrei, um die Wende zur Nachhaltigkeit zu unterstützen.

Sie haben - ob als Einzelunternehmen, UG, GmbH, AG, Verein, Stiftung oder Genossenschaft – ein Start-up der Nachhaltigkeit gegründet. Im Fokus stehen Produkte oder Dienstleistungen, die einen Beitrag für die Wende zur Nachhaltigkeit leisten. Alle Start-ups mit Gründungsdatum – als Richtwert – ab 30. August 2009 sind dazu eingeladen.

Stellen Sie Ihr Start-up – völlig kostenfrei – im Glocalist Review vor: Senden Sie uns Ihre Eigendarstellung. Dazu schlagen wir folgenden Aufbau vor: Motivation/Grundidee, Ihr Verständnis von Nachhaltigkeit, das Produkt/die Dienstleistung und sein/ihr Beitrag zur Nachhaltigkeit, status quo und Ausblick sowie Angabe Kontaktbox mit Name, Anschrift, Mail und Webadresse) als word.doc mit min. 7.000 Zeichen und max. 7.500 Zeichen inkl. Leerzeichen, Logo oder Bildmaterial als jpg. Redaktionsschluss jeweils der Donnerstag der Woche.

Die aussagekräftigsten Beiträge werden ausgewählt und im wöchentlichen E-Journal für Nachhaltigkeit "Glocalist Review" publiziert (Rechtlicher Hinweis: Es besteht kein Rechtsanspruch auf Publikation noch wird in bar abgelöst. Mit Zusendung garantieren Sie, dass Sie für Ihren Text/Bild über alle Rechte verfügen und räumen den Glocalist Medien das Recht ein, kostenfrei Ihren Text und Bilder zu publizieren. Weitere Autoren- und Urheberrechte verbleiben bei Ihnen).

Rückfragen nur per E-Mail > office@glocalist.com

Institut für Cultural Entrepreneurship

Mit dem Institut für Cultural Entrepreneurship möchten wir dazu beitragen, eine Interaktion zwischen Ökonomie und Philosophie zu aktivieren und somit für alle Akteur/innen neue Perspektiven – längere Phasen anstatt Quartalen für die Rendite in den Unternehmen, neben dem Geld auch ein Denken z. B. in CO2, Finanzierungsmodelle für ein würdevolles Leben der Kulturschaffenden – zu eröffnen und ferner neue geniale Ideen an der Intersektion von Branchen und Disziplinen zu entfalten (Medici-Effekt).

In einer Zeit, in der jede und jeder von Ethik redet und jedes Unternehmen auf der Website einen Button für Philosophie und einen für Innovation hat, laden wir alle Bürger/innen ein, sich bei den Konferenzen und allen Aktivitäten von Cultural Entrepreneurship zu informieren und auszutauschen, was Ethik und Humanismus bedeuten und was Entrepreneurship alles bewegen kann, sowie einige der vielen Beispiele von Leuten kennenzulernen, die mit ihren ethischen und innovativen Geschäftsideen aus allen Wirtschaftszweigen bereits für ein gutes Leben mit unterschiedlicher Intensität und unter teilweise abenteuerlichen Bedingungen arbeiten, meistens auch wirtschaftlich.

Bei den internationalen, interdisziplinären Konferenzen, die simultan in verschiedene Sprachen übersetzt werden, haben Expert/innen, Studierende und Interessierte Gelegenheit, sich auszutauschen und mit potenzierten Kräften den Tag zu beenden.

Für Student/innen, Auszubildende, Gründer/innen aus allen Fachbereichen und Wirtschaftszweigen, die sich für Ethik, Entrepreneurship, Kunst und Kultur interessieren, wird die

Teilnahmegebühr von den Unternehmen übernommen, die die frühzeitige Verbreitung dieser Themen als ihre nachhaltige soziale Verantwortung betrachten und deshalb die Veranstaltung unterstützen.

Die nächste Konferenz „Cultural Entrepreneurship – Ethik, Finanzen und Politik“ findet am 19.05.2011 an der Freien Universität Berlin statt.

Ein anderes Projekt beabsichtigt, wirtschaftliche, ökologische und politische Themen literarisch zu verarbeiten, mit einem Gewinn für die jeweilige Branche, für die Literatur und für die Leser/innen.

Schön wäre es weiter, wenn Führungskräfte Künstler/innen einladen, für eine gewisse Zeit in ihrem Unternehmen zu weilen und zu schauen, ob etwas Neues entsteht.

Wie auch immer, früher oder später wird sich der Porschefahrer, der Biofood einkauft, auch für ein holistisches Leben und ein neues Auto interessieren, d. h. insgesamt ein guter Verbraucher oder eine gute Verbraucherin werden, mit einem Gewinn für Welt und Umwelt aller Generationen.

Wie wir aus der Spieltheorie – Gefangenendilemma – wissen, ist die Kooperation für alle Seiten immer vorteilhaft: In diesem Sinne können wir uns alle für Cultural Entrepreneurship engagieren und zu einer globalen Renaissance, ethisch wirksam und wirtschaftlich sinnvoll, beitragen.

So leistet dieses Konzept einen Beitrag, mit Tiefgang und etwas Glamour, einen Weg sowohl aus der wirtschaftlichen Krise als auch aus dem viel beklagten Werterückgang der Gesellschaft aufzuzeigen.

Für alle Akteur/innen bedeutet das schließlich, 20 Jahre nach dem Mauerfall nicht nur in Berlin Wirtschaft und Kultur aktiv



gestalten zu können und gleichzeitig das Gefühl zu bekommen, für die nächsten Generationen etwas Gutes zu tun – oder kurz gesagt: ein erfülltes Leben zu führen.

Freiheit und Gerechtigkeit

In einer liberalen Demokratie sind weder Gott noch der Kaiser Herr über das Gesetz, sondern wir Bürger/innen.

Unsere Demokratie basiert nämlich auf ethischen Werten wie Freiheit und Gerechtigkeit für jede/n, wir scheinen es vergessen zu haben.

Eine Erkenntnis und eine freie Entfaltung in der Politik, Philosophie, Literatur, Kunst, Musik etc. ist nur unter demokratischen Bedingungen möglich – Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit, wie in der antiken polis oder in der Renaissance –, auf jeden Fall überall dort, wo alle Menschen gleich sind bzw. die gleichen Chancen haben.

Frauen und Männer

Frauen und Männer aller Generationen sind gefragt; in unserer Gesellschaft, um Aristoteles zu zitieren, erreichen viele das Alter, in dem man der Gesellschaft etwas zurückgeben darf und soll, um seine Pflicht als Bürgerin und Bürger – oder Citoyen – zu erfüllen, d. h. unsere Welt und Umwelt aktiv zu gestalten.

Lange Zeit haben wir auf Pump gelebt, und zwar sowohl wirtschaftlich als auch ethisch und intellektuell – Griechenland ist nun mal die Wiege des Abendlandes –, nun ist es an der Zeit, die verborgenen Ressourcen zu entfalten, jede und jeder in der jeweiligen Branche und sozialen Rolle: Die intellektuellen und emotionalen Ressourcen sind unbegrenzt!

Philosophie und Wirtschaft

An der Intersektion von Philosophie und Wirtschaft haben wir beim „Cultural Entrepreneurship“ einen guten Rahmen gefunden: Dabei möchten wir nicht weniger, als die Metaphern „der gierige Manager“ und „der arme Poet“ miteinander zu verschmelzen und die weibliche Form zu integrieren, um für alle ein potenziertes Resultat zu erlangen.

Man stelle sich vor, was für Möglichkeiten darin stecken: „die gierige Poetin“, „der poetische Manager“, „das humanistische Management“ ...

Es gilt, uns zu informieren, unsere kognitiven Ressourcen neu zu entdecken, um mit vorausschauender Verantwortung, Sorge und etwas Humor ein gutes Leben für uns und die kommenden Generationen aktiv gestalten zu können.

Ethik in der Marktwirtschaft¹

Von Unternehmenskultur redet man nun bereits drei Jahrzehnte, trotzdem lässt die moralische Sensibilität von Unternehmen und Managern immer noch zu wünschen übrig.

Gleichzeitig kann man neuerdings feststellen, dass Unternehmen und Führungskräfte zunehmend begreifen, dass es neben politischen, ökonomischen und ökologischen Risiken auch ethische Risiken gibt, welche für den Erfolg eines Unternehmens verheerend wirken, wenn nicht sogar seine Existenz gefährden können. ■

1) Vgl. Homann, Karl, Ethik in der Marktwirtschaft, München: Roman Herzog Institut 2007

Gescheiterte Hoffnungen

Von Oliver Ginsberg

Während einige das Thema Mikrofinanzfonds gerade erst für sich entdecken, wird an anderer Stelle bereits das Scheitern der Vision verkündet, durch Investieren statt Spenden einen wesentlichen Beitrag zu Entwicklung und sozialem Frieden stiften zu können. Wo aber liegen die Alternativen? Zeit für eine kritische Reflexion.

Der Siegeszug der Mikrokredite

„Investieren statt Spenden“ hieß die griffige Formel, mit der Muhammad Yunus Mitte der 70er Jahre angetreten ist, um unsere Vorstellungen von sinnvoller Entwicklungshilfe gründlich in Frage zu stellen. Statt die Adressaten des Entwicklungspostulats als BittstellerInnen zu begreifen, die über staatliche und kirchliche bzw. „wohltätige“ Hilfe allzuoft in eine Dauerabhängigkeit gerieten, wurde an deren Potenzial zu unternehmerischem Denken und selbstständigem Handeln angeknüpft. Aus Hilfsempfängerinnen wurden geschäftstüchtige Unternehmerinnen, in die zu investieren sich nicht nur rentierte, sondern die angesichts der Krise großer Finanzinstitutionen zuletzt sogar mehr Sicherheit zu bieten schienen, was entsprechenden Geldanlagen mehr „Resilienz“ verhiess. Die steigende Nachfrage nach Mikrokrediten ließ Mikrofinanz-Investitions-Vehikel (MIV) zu einem globalen Milliarden-Markt werden. Eine aktuelle Studie des Europäischen Investment Forums EuroSIF geht allein für Europa von rund 1 Mrd € Anlagevolumen aus. Weltweit wird der Markt auf 6,3 Mrd € taxiert. Allein der Börsengang einer ausschließlich auf Mikrokredite spezialisierten leiteinamerikanischen Bank erbrachte eine Kapitalisierung von einer halben Milliarde US \$. Die von Yunus gegründete Grameen Bank betreut alleine mehr als 5 Mio Kreditempfängerinnen (weit überwiegend Frauen).

Deutschland hinkt hinterher

Die deutsche Politik hat sich des Themas relativ spät erst angenommen, was vielleicht am Einfluss der hiesigen, eher traditionellen Methoden verhafteten Wohlfahrts- und Spendenorganisationen liegen mag. Jedenfalls harren etliche Mikrofinanzfonds schon jahrelang auf eine Zulassung in Deutschland. Das erklärt möglicherweise, warum die Redaktion der Zeitschrift Finanztest das Thema auch erst mit der Novemбераusgabe 2010 für sich und seine LeserInnen entdeckte und relativ unkritisch als Anlagetipp mit sozialem Mehrwert darstellte.

Dabei sind bereits seit einiger Zeit auch in deutschen Zeitungen vereinzelte kritische Stimmen zu Auswüchsen des Mikrokreditwesens publiziert worden. Es geht dabei weniger um die Frage, ob Mikrokredite wirklich den Ärmsten der Armen hilft. Das tun sie nicht und dies war auch nie ihr Anspruch. Ernstzunehmender waren der allgemein konstatierte dramatische Anstieg von mehrfach verschuldeten Mikrokreditnehmerinnen und -nehmern, hohe Zinsbelastungen und der Abfluss von Kapital aus den betroffenen Ländern in die Geberländer. Soziale Repressionen und vereinzelte Selbstmorde wurden unter anderem von der Süddeutschen Zeitung und der taz zum Beleg der unheilvollen Entwicklung angeführt. Die meisten Akteure im nachhaltigen Finanzdienstleistungs-Sektor hielten dies für vereinzelte Auswüchse, die der Dynamik der Entwicklung geschuldet waren.

Kaum entdeckt, schon gescheitert

Fast gleichzeitig zur „Neuentdeckung“ des Themas durch das Zentralorgan des deutschen Verbraucherschutzes erklärte die Zeitschrift *natur&kosmos* nun das ganze Feld der Mikrofinanzierung bereits für gescheitert. Nicht mehr nur vereinzelt und möglicherweise zu schnell gewachsenen und profitgetriebenen Mikrofinanzinstituten, sondern dem für seine Erfindung mit dem Nobelpreis geehrte Muhammad Yunus selbst wird darin vorgeworfen, die Armen noch ärmer zu machen.

Zum Zeugen der Anklage wird u.a. Gerhard Klas gemacht, der dem Thema ein Buch unter dem Titel „Die Mikrofinanz-Industrie – Das Geschäft mit der Armut“ widmen will. Im Wesentlichen basiert die Kritik allerdings wiederum auf Einzelschicksalen und seltsam weltfremd anmutenden Vorwürfen in der Art, dass an den Börsen Rendite für die Anleger erwirtschaftet wird (was finanztest als Positivum vermerkt), oder dass deutsche ICh-AG´s oft sogar mit zinsfreien Krediten scheitern, weshalb es dann ja wohl auch in Entwicklungsländern nicht hinhalten könne, wenn Zinsen von üblicherweise um die 20% verlangt würden.

Die wohlfundierte Abwägung von positiven und negativen Aspekten solcher Finanzinstrumente scheint hier wie da einer reißerischen, zumindest sehr einseitigen Berichterstattung gewichen zu sein.

Versuch einer kritischen Reflektion

Tatsache ist, dass es falsch wäre, Mikrofinanz-Investitionen per se als nachhaltig im umfassenden Sinn anzusehen. Nur 40% der MIV´s definieren beispielsweise auch ökologische Ausschlusskriterien für ihre Zielanlagen. Immerhin zwei Drittel haben sich zwar zu einer umfassenden Berichterstattung über ESG-Themen verpflichtet, lassen in Sachen Transparenz aber vielfach noch zu wünschen übrig. Die communities von MIV

und SRI-Investments sind gerade erst dabei, kommunikative Brücken zu schlagen. Innerhalb der Mikrofinanz-Szene hat man allerdings die schon länger bekannten Auswüchse bereits zum Anlass genommen, um sich über Prinzipien zum Schutz der Klienten zu verständigen, so dass es zumindest Ansätze für ein Evaluationsraster gibt, die eine schnellere Identifikation von schwarzen Schafen zulässt. Der stärkeren Kommerzialisierung von Mikrofinanz-investments-Vehikeln steht ein breiterer Zugang zu Krediten gegenüber und die zunehmende Konkurrenz von Kreditanbietern wirkt sich eher positiv auf die Höhe der erhobenen Zinsen aus.

Unsinnig ist es jedenfalls, den gesamten Sektor bereits abzuschreiben, genauso wie es falsch wäre den nachhaltigen Investment-Sektor danach zu bewerten, dass BP vereinzelt als Titel in Nachhaltigkeits-Portfolios auftauchte, weil diese bei der Auswahl lediglich dem best-in-class-Ansatz folgten. Vielmehr ist es so, dass ein genereller Trend zu mehr Transparenz und Einfluss nachhaltiger Investmentstrategien zu konstatieren ist, auch wenn dieser auf europäischer Ebene größtenteils immer noch von institutionellen Anlegern und nicht von Privatpersonen vorangetrieben wird.

Solange Transparenz fehlt ist Vorsicht angebracht

Bei Mikrofinanzfonds die auch dem Einzelhandel offenstehen wie generell im nachhaltigen Finanzsektor, dessen Core-Ansatz in Europa immerhin bereits 10% des gesamten Anlagemarktes abdeckt (Deutschland hinkt hier deutlich hinterher), ist die Forderung nach mehr Transparenz und systematischer Evaluation der Finanzinstrumente allerdings berechtigt. Auch bei den auf dem deutschen Markt bereits zugelassenen Fonds gilt es genau hinzuschauen. Der von Michael Horbach lancierte und von Finanztest hervorgehobene Dachfonds „BN&P Good Growth Fund“ beispielsweise, der mit dem höchsten Anteil an Mikrofinanztiteln auf dem Deutschen Markt wirbt,

erweist sich bei genauer Betrachtung unter Nachhaltigkeitsaspekten als hinterfragenswert:

Neben aktuell rund 20% Mikrofinanzanteilen findet sich eine breite Mischung an Indexfonds, intransparenten Zertifikaten und Credit-Default-Swap-basierten Papieren sowie Gold. Dass dabei über Teilfonds, die zu einem prominenten Teil aus der Investmentschmiede der Deutschen Bank stammen direkt und indirekt in diverse Erdölmultis, Atomkraftwerksbetreiber und andere fragwürdige Unternehmen und Länder investiert wird, erschließt sich Anlegerinnen und Anlegern nur bei tiefgründiger Recherche. Dennoch darf der Fonds das Transparenzsiegel von EuroSIF tragen.

Die Arbeit an der Verfeinerung der EuroSIF-Nachhaltigkeitsmatrix, welche Grundlage einer einheitlichen Berichterstattung für Fonds darstellen soll, wird in Deutschland vom Forum Nachhaltige Geldanlagen vorangetrieben, verläuft aber schleppend. Mitunter entsteht der Eindruck, dass einzelne Akteure eher eigene Vermarktungsinteressen, als fundierte Bewertungsmaßstäbe im Sinn haben. Dennoch gibt es zu diesem breit angelegten weitgehend konsensual orientierten Prozess keine Alternative.

Eine Alternative, die keine ist

Keine Alternative zu Mikrofinanzinstrumenten sondern allenfalls eine komplementäre Erscheinung stellt jedenfalls die von natur & kosmos als neue Errungenschaft ins Gespräch gebrachte Mischung aus Mikrokrediten und Regionalgeld. So sympathisch die entsprechenden Beispiele sich im Einzelnen darstellen: Regionalwährungen sind nicht nur unabhängig vom Finanzmarkt und können auf Zinsen im traditionellen Sinn verzichten. Sie erweisen sich bei genauer Betrachtung de facto als eine große Beschränkung von Tausch- und Handlungsmöglichkeiten und gelingen in der Regel auch nur da, wo ein relativ homogenes soziokulturelles bzw. religiöses

Umfeld existiert. Für pluralistische Gesellschaftssysteme, die nicht zuletzt dank Migration und Globalisierung entstanden sind taugt die heile Welt des Mikrokredits auf Regionalgeld-Basis kaum als universelles Modell wirtschaftlicher Entwicklung. Eher schon wird Auswüchsen des Geldwuchers wie auch hier zu früheren Zeiten mit gesetzgeberischen Mitteln und durch Gründung weiterer Kreditgenossenschaften zu Leibe zu rücken sein.

Im Übrigen zeigt sich bei der Analyse vieler Einzelschicksale, dass die Rückzahlungsprobleme sich hätten leicht vermeiden lassen, hätte es ein solides System der Risikoabsicherung gegen Krankheit, Erwerbsunfähigkeit und Tod gegeben. Finanzen und Versicherungen müssen eben immer zusammen gedacht werden und nicht als Instrumente, die beliebig einzusetzen sind. Nüchterne Analysen sind deshalb hilfreicher als Heilsversprechungen die letztendlich immer in gescheiterten Hoffnungen münden. Das zeigt nicht zuletzt die - trotz alledem - erfolgreiche Arbeit von Muhammad Yunus.

Autorennotiz: Oliver Ginsber, Fachberater für nachhaltige Finanzdienstleistungen (tetratteam, Berlin) ■

Gender und Social Gap: Keine Besserung

In den vergangenen Jahren lag der Gender Pay Gap in Deutschland konstant bei 23%, das heißt der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen fiel um 23% geringer aus als der von Männern. Und 15,5% der Bevölkerung in Deutschland sind von Armut bedroht.

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) auf Basis neuer Untersuchungen der Verdienststrukturerhebung 2006 mitteilt, sind rund zwei Drittel des Gender Pay Gap auf strukturell unterschiedliche arbeitsplatzrelevante Merkmale von Männern und Frauen zurückzuführen.

Gender Gap

Die wichtigsten Unterschiede sind dabei die zwischen weiblichen und männlichen Arbeitnehmern ungleiche Besetzung von Positionen sowie die zwischen den Geschlechtern unterschiedlich ausfallende Berufs- beziehungsweise Branchenwahl. Darüber hinaus sind Frauen eher teilzeitbeschäftigt und tendenziell schlechter ausgebildet.

Das verbleibende Drittel des Gender Pay Gap lässt sich nicht auf strukturell unterschiedliche arbeitsplatzrelevante Merkmale zurückführen. Bezogen auf den für 2006 veröffentlichten Gender Pay Gap lag der um den Einfluss dieser Merkmale statistisch bereinigte Verdienstunterschied bei rund 8%.

Dies bedeutet, dass Frauen auch bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit je Stunde durchschnittlich 8% weniger als Männer verdienen. Dieser Wert stellt insofern eine Obergrenze dar, als einige weitere Faktoren, die zur Erklärung des Verdienstunterschieds beitragen könnten, in der Analyse nicht berücksichtigt werden konnten, da die entsprechenden Angaben nicht vorlagen.

Ein überraschendes Ergebnis brachte der Ost-West-Vergleich: Der unbereinigte Gender Pay Gap lag 2006 im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin) bei 24%, in den neuen Bundesländern bei lediglich 6%. Für den bereinigten Verdienstunterschied ergibt sich dagegen das umgekehrte Bild: In den neuen Ländern überstieg der bereinigte Gender Pay Gap (12%) den des früheren Bundesgebiets (8%), denn entgegen der Erwartung lag der bereinigte Gender Pay Gap in den neuen Ländern höher als der unbereinigte. Dies lässt sich damit erklären, dass in den neuen Ländern beschäftigte Frauen arbeitsplatzrelevante Merkmale aufwiesen, die rechnerisch einen höheren Durchschnittsverdienst als den der Männer rechtfertigen würden.

Social Gap

Mit einer Armutsgefährdung von 15,5% blieb diese gegenüber dem Jahr 2007 (15,2%) nahezu konstant (Destatis) mitteilt. Dieses Ergebnis wurde aus der Erhebung LEBEN IN EUROPA 2009 ermittelt.

LEBEN IN EUROPA stellt die amtlichen Sozialindikatoren zu Armut und sozialer Ausgrenzung für Deutschland ("Bundesindikatoren") bereit. Die Indikatoren sind EU-weit vergleichbar. Im Jahr 2009 wurden für die Erhebung 13 087 Haushalte mit insgesamt 23 832 Personen ab 16 Jahren zu ihren Einkommen und Lebensbedingungen befragt. Armutsgefährdet war, wer nach Einbeziehung staatlicher Transferleistungen ein Ein-

kommen von weniger als 11 151 Euro im Jahr (929 Euro monatlich) zur Verfügung hatte. Bezugszeitraum für die Erhebung der Einkommen war das Vorjahr (2008).

Ein Beispiel: Ein Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren war bei einem verfügbaren Jahreseinkommen von weniger als 23 418 Euro (oder 1 952 Euro monatlich) armutsgefährdet.

Arbeitslose waren im Jahr 2008 am stärksten armutsgefährdet (62,0%). Aber auch Menschen in Arbeit waren betroffen: im Jahr 2008 war etwa jede/r fünfzehnte Erwerbstätige (6,8%) armutsgefährdet ("Arbeitsarmut"). Ruheständler/innen lagen mit 14,9% knapp unter dem Durchschnittswert für Deutschland insgesamt.

In Haushalten von allein Erziehenden lag bei mehr als jeder dritten Person (37,5%) im Jahr 2008 eine Armutsgefährdung vor. 29,3% der allein lebenden Menschen verfügten im Jahr 2008 über ein Einkommen unterhalb des Schwellenwertes. Dagegen waren lediglich 7,7% der Personen in Haushalten von zwei Erwachsenen mit zwei Kindern armutsgefährdet.

Frauen (16,3%) waren häufiger armutsgefährdet als Männer (14,7%), das galt insbesondere in der Altersklasse ab 65 Jahren (Frauen: 17,0%; Männer: 12,9%). Ohne staatlicher Transferleistungen läge der Anteil bei 24,1%. ■

Zeit, die Komfortzone zu verlassen

Die Weltwirtschaftskrise oder die aktuelle Ölpest im Golf von Mexiko scheinen manche der Vorhersagen von Mario Raich und Simon L. Dolan schon heute zu bestätigen: Geldgier, die Illusion von unendlichem Wachstum, Verschwendung von Ressourcen, kombiniert mit ineffizienten Kontrollsystemen spielten bei diesen Katastrophen weltweit zumindest eine Rolle. 2008 zuerst in den USA erschienen, ist »Beyond: Business and Society in Transformation« inzwischen in fünf andere Sprachen übersetzt worden. Die Autoren schildern darin die aktuelle Lage in sechs Schlüsselbereichen und entwerfen globale Lösungsansätze. Mehr als 30 Kurzbeiträge weltweit renommierter Wissenschaftler wie Bertrand Picard oder Humberto Maturana bereichern das Buch.

Unter den bestehenden ökonomischen und sozialen Bedingungen werden die weltweiten Probleme nicht in den Griff zu bekommen sein. Als beispielsweise der »grüne Brennstoff« auf Ethanolbasis als wachsendes Geschäftsfeld entdeckt worden war, explodierten die Lebensmittelpreise in Mexiko aufgrund des enorm gestiegenen Maispreises ebenso wie der CO₂-Ausstoß aufgrund der schnelleren Abholzung der brasilianischen Wälder.



**Mario Raich /
Simon L. Dolan**

Jenseits der Komfortzone

Wirtschaft und Gesellschaft übermorgen. Mit einem Vorwort von Franz Josef Radermacher
Aus dem Englischen von Tina Grummel

312 Seiten mit 38 Abbildungen
und 19 Tabellen, kartoniert
€ 29,90 D
ISBN 978-3-525-40352-5

Wie also kann die Welt von übermorgen aussehen? Mario Raich und Simon L. Dolan schildern die aktuelle Lage in Gesellschaft, Religion, Umwelt, Wissenschaft und Technik, Wirtschaft und Politik und umreißen globale Lösungsansätze. Ihr Fazit: Es wird Zeit, die Komfortzone zu verlassen, wenn eine Zukunft möglich sein soll.

Mario Raich ist Professor an der ESADE Graduate School of Business in Barcelona, an der Educatis University/Schweiz sowie am Lorange Institute of Business in Zürich. Er war in zahlreichen global agierenden Unternehmen in Führungspositionen tätig.

Simon L. Dolan ist Professor für Human Resource Management and Organizational Behavior an der Ramon-Llul-Universität und an der ESADE Graduate School of Business in Barcelona. ■

Wie bringt man die Natur zurück in die Stadt?

Ein Buch mit 20 spektakuläre Projekte in ganz Europa

Das Münchner Architektenehepaar Hermann Grub und Petra Lejeune betreibt Stadtentwicklung auf einzigartige Weise. Mit ihrer engagierten Arbeit haben sich die beiden dabei längst vom gängigen Berufsbild des Architekten entfernt und agieren planerisch, politisch, motivierend, basisdemokratisch und immer unter Einbeziehung der Öffentlichkeit.

Grub + Lejeune. Nachhaltige Stadtentwicklung

Das Buch erzählt mit zahlreichen Bildern die Geschichte des Ehepaars und seinen Kunstaktionen, mit denen es nicht nur Grün in die Städte bringt, sondern auch das Bewußtsein dafür stärken möchte. Doch nicht nur Ihre Aktionen sind sehenswert, sondern auch ihre Arbeit selbst. Dabei gehen sie nicht den Weg der Norm. Unkonventionell ist ihr Zugang an Planungsaufgaben heranzugehen. Denn erst wenn Lösungen für ein städtebauliches Problem gefunden wurde, gehen die beiden Planer an die Öffentlichkeit. Sobald das öffentliche Interesse geweckt ist und sich in den Medien manifestiert, folgt in der Regel die Beauftragung durch die passenden Projektpartner auf politischer Ebene.

Der Bildband beginnt mit einem Projekt aus München aus dem Jahr 1974 (!) in den es zeigt, wie aus einem Hinterhofgrau über die Jahre eine Grünoase entwickelt wurde. Ein Platz zum Verweilen satt Mülleimergeruch und Gara-



Grub + Lejeune Nachhaltige Stadtentwicklung. Ideen, Aktionen, Konzepte

Autor/ Herausgeber: Esser, Stefan
Verlag: avedition

Architektur / Innenarchitektur
ca. 200 Seiten, deutsch,
Gebunden, ca. 120 farbige
Abbildungen, 25 x 30 cm
Euro 39,90 [D], SFr 62,90

ISBN: 978-3-89986-144-0

gen. "Stadtoase" hieß das Konzept für die Zusammenlegung von Hinterhöfen, welches Grub für typische Blockbebauung entwickelte.

Neben ihrer Arbeit als Architekten zeigen Sie mit ihre Aktionen städtische Entwicklungen auf oder begleiten damit geplante Stadtentwicklungen. Da werden schon einmal über Nacht große Flächen mit Rollrasen vergrünt, auch vor Autos wird nicht halt gemacht. Oder es werden Ballons mit Gas gefüllt um zu verdeutlichen, wieviel Abgas nur ein Auto in 14 Stunden produziert oder Spannseile zu einer überdimensionale Pyramide aufgespannt, um die Müllproblematik einer Stadt zu verdeutlichen.

Das Foto-/Textbuch verfügt über phantastische Farbfotos, Hintergrundgeschichten zur oft unorthodoxen Vorgehensweise der beiden Planer sowie Pläne und Erläuterungen zu unterschiedlichen Stadtentwicklungsprojekten. Es ist ein Buch, das zeigt, wie mit Fachkompetenz, Kreativität, Optimismus, Überzeugungskraft und einer gewissen Beharrlichkeit auch zunächst schwierige Vorhaben umgesetzt werden können.

"Wir sind in Europa inzwischen auf einem guten Weg, wir machen es nicht wie in Tokyo, Singapur oder Shanghai einfach das Bestehende platt und bebauen ohne Mitsprache der Bürger und nach den Gesetzen des Marktes alle neu." so Grub zur heutigen Stadtplanung. Wir dürfen auf neue Projekte gespannt sein.

Europäischer Tag der Ziviljustiz: Drei von vier Europäern wollen einen besseren Zugang zum Recht im Ausland

Wie aus einer heute veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage hervorgeht, sprechen sich drei von vier Europäern (73%) dafür aus, dass etwas getan wird, damit Rechtsstreitigkeiten leichter beigelegt und sie ihre Rechte in anderen EU-Mitgliedstaaten besser geltend machen können. Zeitgleich findet auch der Europäische Tag der Ziviljustiz statt, der die Menschen für das Recht auf Zugang zur Ziviljustiz sensibilisieren soll - im Berufsleben, bei der Eheschließung, bei der Geburt ihrer Kinder oder beim Erwerb von Waren und Dienstleistungen anderswo in der EU.

25. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1372&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

EU ruft Handelspartner zur Beseitigung protektionistischer Handelshemmnisse auf

Aus einem heute veröffentlichten neuen Bericht der Europäischen Kommission geht hervor, dass die wichtigsten Handelspartner der Europäischen Union seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 über 330 handelsbeschränkende Maßnahmen eingeführt haben. Obwohl Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung zu erkennen sind, wurden entgegen der Verpflichtung der G20 seither nur knapp 10 % dieser Maßnahmen wieder aufgehoben. Im Vorfeld des G20-Gipfels in Seoul appelliert die Europäische Kommission an die Handelspartner, diese Beschränkungen aufzuheben, um den wirtschaftlichen Aufschwung nicht zu gefährden.

25. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1373&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Die Hohe Vertreterin Catherine Ashton ernennt das Topmanagement des Europäischen Auswärtigen Dienstes

Die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Catherine Ashton, hat heute die Ernennung von Pierre Vimont zum Geschäftsführenden Generalsekretär des künftigen Europäischen Auswärtigen Dienstes und von David O'Sullivan zu dessen operativem Direktor bekannt gegeben.

25. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1376&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Studie der Europäischen Kommission: Flexible Arbeitszeitregelungen nützen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichermaßen

Einer heute vorgelegten Studie der Europäischen Kommission zufolge kommen flexible Arbeitszeitregelungen sowohl Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern zugute. Der Bericht der Expertengruppe kommt rechtzeitig zur informellen Tagung der zuständigen Minister, die die neue Strategie für die Jahre 2010-2015 in Sachen Gleichstellung von Frauen und Männern erörtern wollen.

26. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1377&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Kommission will Stärkung der europäischen Katastrophenabwehr

Als Schritt hin zu einer besseren, schnelleren und effizienteren EU-Katastrophenabwehr nahm die Kommission heute eine neue Mitteilung an, die die Stärkung der Kapazitäten der Union in diesem Bereich - sowohl im Hinblick auf den Katastrophenschutz als auch in Bezug auf die humanitäre Hilfe - vorsieht. Der neuen Strategie liegt eine doppelte Zielsetzung zugrunde: Während einerseits die bestehenden europäischen Abwehrkapazitäten und die Notfallressourcen der Mitgliedstaaten weiter ausgebaut werden sollen, soll andererseits ein Europäisches Notfallabwehrzentrum als neue Plattform für den Informationsaustausch und eine verstärkte Koordinierung auf EU-Ebene im Katastrophenfall eingerichtet werden. **26. OKTOBER 2010**

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1381&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Wichtiger Auftrag für den Start Galileos 2014 vergeben

Die Europäische Kommission hat heute die Vergabe des vierten von insgesamt sechs Aufträgen bekanntgegeben, die erforderlich sind, damit Europas globales Satellitennavigationssystem Galileo in Betrieb gehen kann. Der Auftrag wurde an die Space-Opal GmbH – ein gemeinsames Unternehmen der deutschen DLR GfR und der italienischen Telespazio S.p.A – für den Betrieb der Infrastruktur im Weltraum und am Boden vergeben. Dadurch wurde ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Bereitstellung der ersten Dienste Galileos Anfang 2014 zurückgelegt. **26. OKTOBER 2010**

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1382&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

EU schützt einzigartige Lebensräume, Flora und Fauna im ersten grenzübergreifenden Schutzgebiet Südost-Europas

Die in Griechenland, Albanien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien gelegenen Prespaseen und ihre Umgebung sind ein einzigartiges Naturschutzgebiet von großem ökologischen Wert. Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, dass die EU eine Vereinbarung über den Schutz und die nachhaltige Entwicklung des Prespa-Parks in Südosteuropa ratifiziert. Diese Vereinbarung wurde von der Europäischen Kommission, Griechenland, Albanien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ausgehandelt. Die Vereinbarung ist ein großer Fortschritt gegenüber der bisherigen Zusammenarbeit in dem Gebiet und dürfte zur Verwirklichung der Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie in dem Gebiet beitragen. Der von Griechenland, Albanien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien als grenzübergreifendes Schutzgebiet ausgewiesene Prespa-Park ist das erste Beispiel für ein derartiges Schutzgebiet in Südosteuropa.

26. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1383&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

EU räumt Jordanien „fortgeschrittenen Status“ der Partnerschaft ein

Anlässlich der 9. Tagung des Assoziationsrates EU-Jordanien am 26. Oktober 2010 wurde im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) erstmals ein Aktionsplan verabschiedet, der nach dem Willen beider Seiten einen „fortgeschrittenen Status“ der Partnerschaft vorsieht. **26. OKTOBER 2010**

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1388&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Zusammenarbeit EU-China-USA in Verbraucherfragen im Blickpunkt der Weltausstellung in Shanghai und des Dreiergipfels zur Produktsicherheit

Der EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik John Dalli stellt die Verbraucherbelange in den Mittelpunkt seiner Programmrede, die er heute anlässlich des Tags der Verbraucher und der Produktsicherheit auf der Weltausstellung in Shanghai hält. Darüber hinaus trifft er auf dem zweiten trilateralen Spitzentreffen zur Produktsicherheit (EU-China-USA) mit den für diese Fragen zuständigen Amtskollegen aus China und den USA zusammen. Beide Veranstaltungen zielen darauf ab, vor dem Hintergrund des globalen Marktes die Verbraucherpolitik zu modernisieren und insbesondere die Produktsicherheit strenger zu regeln. Am Tag der Verbraucher beteiligen sich Vertreter von EU-Organen, Verbraucherverbänden und der europäischen Wirtschaft sowie ein hochrangiger Vertreter des chinesischen Amtes für Lebens- und Arzneimittel. Auf dem Dreiergipfel zur Produktsicherheit¹ bespricht sich Kommissar Dalli mit dem Leiter der chinesischen Behörde für Qualitätssicherung, Inspektion und Quarantäne, Zhi Shuping, und der Vorsitzenden der US-amerikanischen Kommission für Produktsicherheit bei Verbrauchsgütern, Inez Moore Tenenbaum. Ausgehend von der Überzeugung, dass offene Märkte eines starken und sicheren Managements der globalen Lieferketten bedürfen, zeugt die trilaterale Zusammenarbeit vom Engagement aller beteiligten Akteure, dem Thema Produktsicherheit auf der internationalen politischen Agenda weiterhin Priorität einzuräumen.

26. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1386&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Verkehr: Kommission überprüft Finanzierung von 92 größeren Infrastrukturvorhaben im Bereich der transeuropäischen Netze

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Siim Kallas veröffentlichte heute die erste Zwischenbewertung von 92 vorrangigen Infrastrukturvorhaben im Bereich der transeuropäischen Netze, die von der Kommission im Rahmen des TEN-V-Programms für 2007-2013 mitfinanziert werden. Bei der Überprüfung handelt es sich um eine „Blitzaufnahme“ des aktuellen Stands der einzelnen Vorhaben hinsichtlich ihrer Finanzierung und Vollendung. Ziel ist es, mehr Verantwortlichkeit in den Finanzierungsprozess zu bringen und zu gewährleisten, dass die EU-Gelder ordnungsgemäß verwendet werden. Mehr als die Hälfte (52,2 %) dieser 92 europaweiten Großvorhaben werden trotz schwieriger finanzieller Bedingungen fortgesetzt und bis Dezember 2013 vollendet. Für die übrigen Vorhaben gilt bei der Zwischenbewertung der strenge Grundsatz „entweder Verwendung oder Aufgabe des Projekts“. Glaubwürdigen Vorhaben, die angesichts der Wirtschaftskrise in Turbulenzen geraten sind, wird eine zweijährige Verlängerung zur Unterstützung ihrer Vollendung gewährt. Vorhaben, die zu diesem Zeitpunkt nicht mehr glaubwürdig sind, erhalten keine EU-Gelder mehr, die vielmehr neu zugewiesen werden (siehe nachfolgend Liste der Vorhaben).

27. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1391&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Kommission nimmt weitere Umbesetzungen höherer Führungspositionen vor

Die Kommission hat heute auf Vorschlag von Präsident Barroso und Vizepräsident Šefčovič mehrere Beschlüsse zur Mobilität höherer Führungskräfte angenommen. Dies ist das zweite Mobilitätspaket seit Amtsantritt der derzeitigen Kommission. So wird David O'Sullivan die Funktion des Generaldirektors in der GD RELEX übernehmen; damit soll ein reibungsloser Übergang zu seinem neuen Posten als Generaldirektor (Chief Operating Officer) im Europäischen Auswärtigen Dienst sichergestellt werden, wie bereits von der Hohen Vertreterin und Vizepräsidentin der Kommission, Frau Catherine Ashton, angekündigt. Weiter werden ein ehemaliger Generaldirektor und ein amtierender Generaldirektor sowie ein stellvertretender Generaldirektor in andere Generaldirektionen wechseln, und ein Direktor wird auf den Posten eines stellvertretenden Generaldirektors befördert. Mit diesem Paket bekräftigt die Kommission, dass bei Stellenbesetzungen grundsätzlich die Verdienste ausschlaggebend sind und nach dem Mobilitätsprinzip verfahren wird.

27. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1398&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Kommission nimmt strategische Prioritäten für 2011 an

Die EU-Organe haben 2010 Belastbarkeit bewiesen und ihre Bereitschaft und Fähigkeit gezeigt, in schwierigen Situationen entschieden und solidarisch zu handeln, um den unvorhergesehenen Herausforderungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu begegnen. Jetzt gilt es zu gewährleisten, dass der Aufschwung gefestigt wird. Die Europäische Kommission hat ihr neues Arbeitsprogramm für das Jahr 2011 angenommen, mit dem dieses Ziel in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden soll. Das Arbeitsprogramm spiegelt die Entschlossenheit der Kommission wider, Europa aus der Krise in eine Zukunft mit Wohlstand, Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit zu führen.

27. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1399&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Umwelt: Kommission drängt sieben Mitgliedstaaten auf Vorlage ihrer Bewirtschaftungspläne für Flusseinzugsgebiete

Die Europäische Kommission mahnt sieben Mitgliedstaaten, das EU-Wasserrecht einzuhalten und ihre Bewirtschaftungspläne für die europäischen Flusseinzugsgebiete vorzulegen. Es handelt sich um Belgien, Zypern, Dänemark, Griechenland, Malta, Portugal und Slowenien. Diese Bewirtschaftungspläne hätten spätestens am 22. Dezember 2009 angenommen werden müssen. Auf Empfehlung des EU-Umweltkommissars Janez Potočnik ergehen an die Betroffenen nun mit Gründen versehene Stellungnahmen (zweite schriftliche Verwarnung). Sollten die Mitgliedstaaten binnen zwei Monaten nicht angemessen reagieren, kann die Kommission sie vor den Europäischen Gerichtshof bringen.

28. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1413&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Umwelt: Kommission fordert von vier Mitgliedstaaten Umsetzung der EU-Vorschriften für Chemikalien

Die Europäische Kommission fordert Frankreich, Italien, Luxemburg und Slowenien auf, ihre Rechtsvorschriften für Chemikalien zu aktualisieren und mit der Richtlinie über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen in Einklang zu bringen. Diese Mitgliedstaaten haben entweder nicht alle erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung dieses Rechtsaktes auf nationaler Ebene erlassen oder die Kommission noch nicht darüber unterrichtet, dass dies geschehen ist. Auf Empfehlung von Umweltkommissar Janez Potočnik versendet die Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme. Die vier Mitgliedstaaten haben zwei Monate Zeit, um der Aufforderung nachzukommen. Andernfalls kann die Kommission den Europäischen Gerichtshof anrufen.

28. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1415&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Gleichbehandlung: EU-Kommission stellt Verfahren gegen Deutschland ein

Die Europäische Kommission hat heute die Verfahren gegen Deutschland wegen der unkorrekten Umsetzung zweier EU-Antidiskriminierungs-Rechtsakte eingestellt. Die Vorschriften betreffen die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf aufgrund der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung (Richtlinie 2000/78/EG) sowie die Diskriminierung im Beschäftigungsbereich und in fast allen anderen Bereichen des täglichen Lebens aufgrund der Rasse und der ethnischen Herkunft (Richtlinie 2000/43/EG). Auf Initiative der Vizepräsidentin der Kommission Viviane Reding, die für das Ressort Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft zuständig ist, hat die Kommission nun die Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland im Zusammenhang mit diesen beiden Richtlinien eingestellt.

28. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1429&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Datenschutz: Kommission verklagt Österreich wegen unzureichender Unabhängigkeit seiner Datenschutzbehörde

Die Europäische Kommission hat heute beschlossen, vor dem Gerichtshof gegen Österreich Klage zu erheben. Sie begründet ihren Schritt damit, dass die österreichische Datenschutzkommission nicht über die nötige Unabhängigkeit verfüge. Nach Meinung der Kommission stimmt das österreichische Datenschutzgesetz nicht mit dem EU-Recht überein, das von den Mitgliedstaaten die Errichtung einer gänzlich unabhängigen Einrichtung verlangt, die die Anwendung der Datenschutzrichtlinie von 1995 (Richtlinie 95/46/EG) überwachen soll.

28. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1430&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Mehr Wachstum und Arbeitsplätze – EU trifft Sozialpartner für verstärkte Zusammenarbeit und bessere wirtschaftspolitische Steuerung

Heute Morgen trafen der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso, der Präsident des Europäischen Rates Herman Van Rompuy und der belgische Premierminister Yves Leterme als Vertreter der Ratspräsidentschaft auf dem dreigliedrigen Sozialgipfel mit europäischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern zusammen. Der Gipfel konzentrierte sich auf die wirtschaftliche Reformagenda und die wirtschaftspolitische Steuerung. Es wurde darüber beraten, wie mit der Strategie Europa 2020 intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum sowie Beschäftigung erreicht und gleichzeitig der soziale Zusammenhalt, Gerechtigkeit und die Aufrechterhaltung des Europäischen Sozialmodells gewährleistet werden können. Die Premierminister der kommenden Ratspräsidentschaften Victor Orbán und Donald Tusk, die belgische Ministerin für Beschäftigung Joëlle Milquet und László Andor, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, nahmen ebenfalls an den Gesprächen teil.

28. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1435&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Digitale Agenda: 10 erfolgreiche Jahre für GÉANT – ein von der EU gefördertes Hochgeschwindigkeits-Forschungsnetz

Die Europäische Kommission feiert das zehnjährige Bestehen von GÉANT, das von der EU geförderte Hochgeschwindigkeits-Forschungsnetz. GÉANT hat es Forschern in Europa und in der ganzen Welt ermöglicht, in Echtzeit an bahnbrechenden Forschungsprojekten zusammenzuarbeiten. Über das Netz haben 40 Millionen Forscher in 40 europäischen Ländern Zugang zu einer für die gemeinsame Nutzung enormer Datenmengen unerlässlichen Verarbeitungsleistung. So können beispielsweise die kleinsten bekannten Teilchen mit dem Hadron-Beschleuniger in der Schweiz oder globale Herausforderungen, wie die Heilung von Epilepsie oder die Einrichtung eines Frühwarnsystems für Taifune, angegangen werden. Aufgrund seiner sich rasant weiterentwickelnden Technik, seiner Dienste und seiner Leistungsstärke ist GÉANT nach wie vor das modernste Forschungsnetz der Welt. Die Kommission hat sich im Rahmen der Digitalen Agenda für Europa (siehe IP/10/581, MEMO/10/199 und MEMO/10/200), verpflichtet, IKT-gestützte Infrastrukturen wie GÉANT auszubauen, so dass riesige Mengen digitaler Informationen zum Nutzen unserer Volkswirtschaften und unserer Gesellschaft insgesamt bewältigt werden können.

29. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1448&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Überschreitung der Milchquoten: Drei Mitgliedstaaten müssen Abgaben in Höhe von 19 Mio. EUR zahlen

Dänemark, die Niederlande und Zypern sind die einzigen Mitgliedstaaten, die ihre Milchquoten im Quotenjahr 2009/10 überschritten haben, was nach den vorläufigen Zahlen, die die Europäische Kommission heute veröffentlicht hat, für die Zusatzabgabe einen Betrag von insgesamt 19 Mio. EUR ergibt. Im vergangenen Jahr betrug das Abgabenaufkommen 99 Mio. EUR und im Jahr davor 340 Mio. EUR. Nach der beim GAP-Gesundheitscheck 2008 vereinbarten Anhebung der Quoten lag die italienische Erzeugung erstmals im Rahmen der Quote, während die EU-Milcherzeugung insgesamt die Quote um ca. 7 % gegenüber 4,2 % im Quotenjahr 2008/09 (April - März) unterschritten hat.

29. OKTOBER 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1454&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Forschung und Wirtschaftskrise:

Investitionskürzungen führender Unternehmen in der EU geringer als in den USA, Europa dennoch weiterhin deutlich im Rückstand

Der von der Europäischen Kommission 2010 veröffentlichte EU-Anzeiger für FuE-Investitionen der Industrie („Investment Scoreboard“) zeigt, dass die Investitionen der führenden EU-Unternehmen in Forschung und Entwicklung 2009 um 2,6 % zurückgingen, wenngleich Absatz und Gewinne weitaus deutlicher sanken, nämlich um 10,1 % bzw. 21,0 %. Der Rückgang der Forschungsinvestitionen führender US-Unternehmen war mit 5,1 % doppelt so hoch wie in der EU, weltweit betrug der Rückgang jedoch nur 1,9 %. Die japanischen Firmen hielten ihr Investitionsniveau. Unternehmen aus anderen asiatischen Ländern – China, Indien, Hongkong, Südkorea und Taiwan – setzten das in den vergangenen Jahren beobachtete hohe FuE-Wachstum fort. Der japanische Autohersteller Toyota ist mit Investitionen in Höhe von 6,8 Mrd. EUR zum zweiten Mal in Folge der weltweit größte FuE-Investor. Unter den „Top Ten“ befinden sich drei EU-Unternehmen: Volkswagen (mit 5,8 Mrd. EUR der größte in Europa niedergelassene Investor), Nokia und Sanofi-Aventis. Das „Investment Scoreboard“ erfasst die 1400 weltweit größten Unternehmen.

Máire Geoghegan-Quinn, EU-Kommissarin für Forschung, Innovation und Wissenschaft, erklärte dazu: „Die Tatsache, dass die größten EU-Firmen ihre Forschungsinvestitionen im Wesentlichen beibehalten haben, zeigt, dass sie FuE als den besten Weg betrachten, gestärkt aus der Krise hervorzugehen.“

Die große Diskrepanz zu den führenden US-Unternehmen auf Gebieten wie Software und Biotechnologie sowie der rasche Aufstieg der asiatischen Unternehmen werfen jedoch ein Schlaglicht auf den Innovationsnotstand in Europa. Deshalb sollten die Staats- und Regierungschefs bei der Tagung des Europäischen Rates im Dezember die von Antonio Tajani und mir am 6. Oktober angekündigten Vorschläge zur Innovationsunion unbedingt unterstützen.

Das Scoreboard 2010 zeigt, dass FuE-Investitionen auch in einem nahezu beispiellos schwierigen wirtschaftlichen Umfeld für die Top-Unternehmen weltweit eine wichtige strategische Priorität bleiben.

Tendenzen in den einzelnen Weltregionen

2009 kürzten die führenden EU-Unternehmen ihre Forschungsinvestitionen trotz vergleichbarer Absatzrückgänge (circa 10 %) und höherer Gewinnrückgänge (13,0 % gegenüber 1,4 %) in weitaus geringerem Maß als ihre Wettbewerber in den USA.

Die Forschungsleistung der europäischen Unternehmen ist in zentralen Hightech-Sektoren schwach. Die im Investitionsanzeiger aufgeführten US-Unternehmen investierten in Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Halbleiter das Fünffache, im Softwarebereich das Vierfache und in der



26. OKTOBER 2010

Biotechnologie das Achtfache der Aufwendungen ihrer europäischen Wettbewerber.

Die japanischen Firmen wahrten ihre Forschungsinvestitionen trotz starker Absatz- und Gewinnrückgänge (ca. 10 % bzw. 88,2 %).

Großunternehmen mit Hauptniederlassung in verschiedenen asiatischen Ländern setzten das hohe FuE-Wachstum der vergangenen Jahre fort, z. B. in China (+ 40 %), Indien (+ 27,3 %), Hongkong (+ 14,8 %), Südkorea (+ 9,1 %) und Taiwan (+ 3,1 %). Auch die schweizerischen Unternehmen steigerten ihre Forschungsinvestitionen (um 2,5 %).

Tendenzen in einzelnen Unternehmen und Sektoren

Unter den ersten zehn FuE-Investoren befinden sich drei Unternehmen mit Hauptniederlassung in der EU (Volkswagen, Nokia und Sanofi-Aventis), drei aus den USA (Microsoft, Pfizer und Johnson & Johnson) sowie eines aus Japan (Toyota, das auch die Spitzenposition einnimmt). Zu den Top-50 gehören 16 Unternehmen aus der EU, 19 aus den USA und 12 aus Japan (Abb. 2). 30 der Top-50-Unternehmen kürzten 2009 ihre Forschungsinvestitionen.

Der Anteil der verschiedenen Sektoren an den FuE-Investitionen blieb trotz der Krise weltweit ungefähr gleich. Bei den US-Unternehmen entfallen mehr als zwei Drittel der gesamten FuE-Aufwendungen auf forschungsintensive Sektoren wie die Pharmaindustrie oder Computerdienste. Dahingegen sind für die europäischen und japanischen Unternehmen die mäßig forschungsintensiven Branchen (Automobil- und Elektroniksektor) die wichtigsten Felder der Forschungstätigkeit, während FuE-intensive Sektoren nur ein Drittel der Gesamtinvestitionen ausmachen.

Einige Automobilhersteller reduzierten ihre Forschungsinvestitionen drastisch, z. B. Ford (32,4 %), Renault (26,5 %) und General Motors (24,1 %). Andere, wie Nissan und Toyota, kürzten ihre Forschungsinvestitionen nur leicht oder hoben sie sogar an (z. B. Hyundai).

Unter den Firmen, die ihre FuE-Investitionen 2009 aufstockten, finden sich nicht nur solche mit guten Absatz- und Gewinnergebnissen wie Huawei Technologies (+ 27,8 %) und Apple (+ 25,4 %), sondern auch Unternehmen, die ihre Forschungstätigkeit trotz niedrigerem Absatz und Gewinn intensivierten, z. B. Bayer (+ 8,8 %) und General Electric (+ 10,1 %).

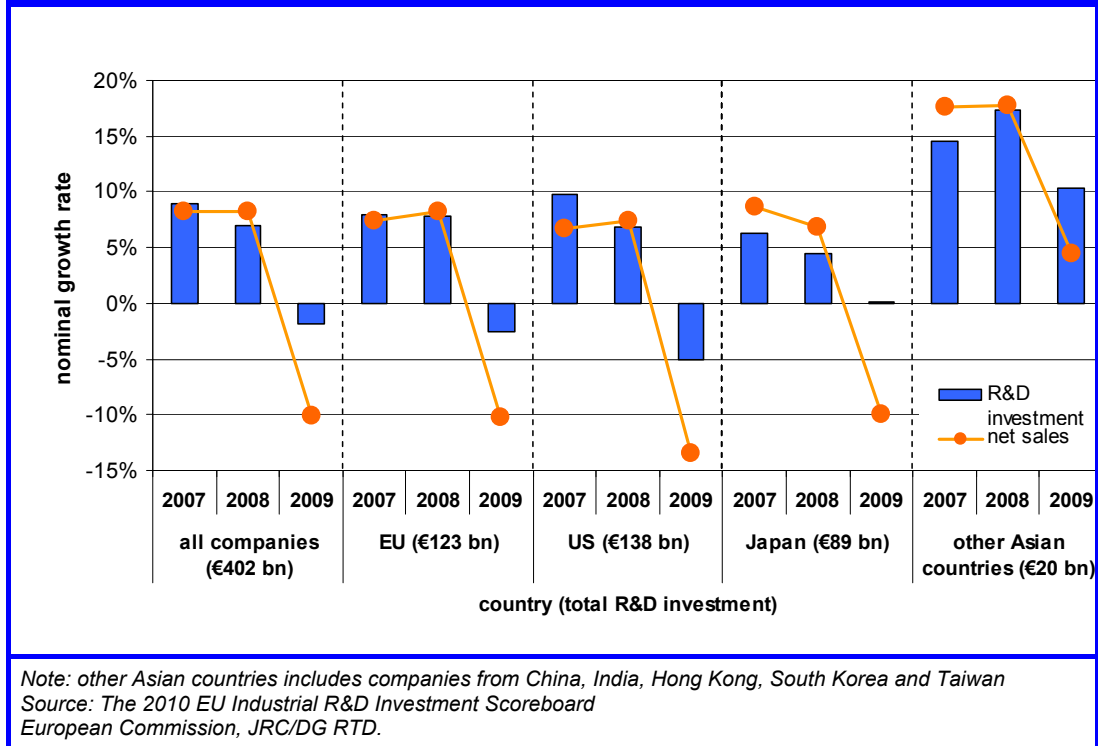
Im Sektor der alternativen Energien war weiterhin ein rasches Wachstum zu verzeichnen. Im Scoreboard sind nun 15 Unternehmen (9 mehr als im letzten Jahr) erfasst, die sich ganz auf umweltfreundliche Energietechnologien konzentrieren. Diese Unternehmen, von denen 13 in der EU ansässig sind, investierten 2009 mehr als 500 Mio. EUR, was einen Anstieg um 28,7 % bedeutet. Investitionen in alternative Energiequellen werden aber auch von Unternehmen getätigt, die anderen Sektoren (z. B. Öl und Gas) angehören.

Unterschiede innerhalb der EU – Spaniens führende FuE-Investoren trotz der Krise

Die FuE-Wachstumsraten der einzelnen EU-Mitgliedstaaten sind aufgrund ihrer unterschiedlichen Sektorenstruktur uneinheitlich. Ein starker Rückgang bei Forschung und Entwicklung war 2009 bei Unternehmen aus Staaten mit einer bedeutenden Automobilindustrie zu verzeichnen, so in Deutschland (- 3,2 %) und Frankreich (- 4,5 %).

Staaten wie Finnland (- 6 %) und Schweden (- 6,6 %), in denen die Herstellung von IT-Hardware ein wichtiger Industriezweig für einheimische Unternehmen ist, wiesen ebenfalls starke Rückgänge auf.

Figure 1. Growth of R&D investment in the Scoreboard and GDP growth



Die größten FuE-Investoren Spaniens steigerten ihre Investitionen hingegen um 15,4 %, trotz eines Absatzrückgangs von 6,4 %. Dies geht auf erhebliche Steigerungen bei großen spanischen Unternehmen wie Telefónica (+ 16 %) und Acciona (+ 29 %) und die Einbeziehung von Weltfirmen wie Banco Santander (+ 18 %) zurück.

Hintergrund

Der EU-Anzeiger für Forschungsinvestitionen der Industrie wird jedes Jahr von der Europäischen Kommission (GD Forschung und Gemeinsame Forschungsstelle) veröffentlicht; er enthält Informationen über die 1400 weltweit größten Unternehmen (400 aus der EU und 1000 aus anderen Regionen) und deren Rangfolge nach Maßgabe ihrer Forschungsinvestitionen. Gemessen wird der Gesamtwert ihrer weltweiten Investitionen in Forschung und Entwicklung unabhängig davon, an welchem Ort die Forschungstätigkeit erfolgt. Das „Scoreboard“ zeigt also keine Trends der privatwirtschaftlichen FuE-Intensität an, d. h. des Forschungsaufwands der Unternehmen in einem bestimmten Land oder einer bestimmten Region als Anteil des Bruttoinlandsprodukts und unabhängig davon, ob die Forschungsausgaben durch einheimische Firmen oder in Form ausländischer Direktinvestitionen getätigt werden.

Download

Der EU-Anzeiger und andere IRMA-Berichte über die Beobachtung und Analyse der Forschungsinvestitionen der Industrie (Industrial Research Investment Monitoring and Analysis) finden sich im Internet unter:

<http://iri.jrc.ec.europa.eu/reports.htm>

Europäische Kommission will **Stärkung des Binnenmarkts** durch Wirtschaftswachstum und den Ausbau der Rechte der Bürger bessern

Der EU-Binnenmarkt bildet das Fundament für mehr als 60 Jahre europäische Integration. Die Barrieren, die einst den freien Verkehr der Waren und Dienstleistungen zwischen Lissabon und Helsinki versperrten, wurden aus dem Weg geräumt. Heute profitieren die Unternehmen von einem Markt mit 500 Millionen Verbrauchern. Wer ins Ausland gereist ist, dem dürften die drastisch gesunkenen Mobiltelefongebühren nicht entgangen sein. Die gemeinsame Währung erleichtert das Reisen und Einkaufen im Ausland. Arbeitnehmern wurden wesentliche Rechte zuerkannt. Die Menschen können in jedem der 27 Mitgliedstaaten leben, arbeiten und studieren. Die Europäer können auf diese Erfolge stolz sein; aber Unternehmen und Bürger wissen auch, dass die Wahrnehmung ihrer Rechte noch immer mit Hindernissen verbunden ist.

In zwei heute veröffentlichten Berichten zeigt die Europäische Kommission eine Reihe von konkreten Lösungen auf, mit denen sie das Vertrauen in den Binnenmarkt stärken will. In ihrem Bericht über die Unionsbürgerschaft schlägt die Kommission Maßnahmen vor, mit denen das Leben der Bürger einfacher wird, wenn sie ihre EU-Rechte ausüben, z.B. bei der Heirat, beim Hauskauf oder bei der Autozulassung in einem anderen Mitgliedstaat. Bei der Akte für den Binnenmarkt geht es darum, Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Fortschritt mittels Maßnahmen zu fördern, die allen

Marktteilnehmern – Unternehmen, Verbrauchern und Arbeitnehmern – das Leben erleichtern.

„Die Freizügigkeit ist ein hoch geschätztes Gut in der Europäischen Union. Mit dem unaufhaltsamen Verschwinden der Binnengrenzen für Waren, Dienstleistungen und Menschen kamen Unternehmen und Bürger in den Genuss immenser Vorteile. Ich möchte auf unsere bisherigen Erfolge aufbauen, damit jeder – ob Tourist, Student, Arbeitnehmer oder Firmenchef - vom europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts voll profitieren kann“, sagte Viviane Reding, Vizepräsidentin und Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft. „Heute geht es mir darum sicherzustellen, dass die letzten Hindernisse, mit denen Bürger bei der Ausübung ihrer Rechte konfrontiert sind, beseitigt werden. Die Bürger sollen sich wohlfühlen, wenn sie ins Ausland reisen, dort studieren oder ihren Wohnsitz wählen. Und überall müssen Bürger dieselben Rechte haben.“

Michel Barnier, Kommissar für den Binnenmarkt, erklärte: „Die Märkte müssen für die Wirtschaft und unsere Bürger von Nutzen sein. Das macht unsere Gesellschaft aus. Doch gerade jetzt leistet der EU-Binnenmarkt für Wachstum und sozialen Fortschritt nicht so viel wie er könnte. Er sollte mehr bieten, damit die Bürger und große wie kleinen Unternehmen auf ihre Kosten kommen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.“



27. OKTOBER 2010

Europa kann es sich nicht leisten, sein Potenzial ungenutzt zu lassen. Deshalb legen wir heute 50 Vorschläge vor, die bis 2012 in Kraft treten sollen, damit der Binnenmarkt noch besser funktioniert.“

Den Bürgern das Leben erleichtern

Im Bericht über die Unionsbürgerschaft – dem ersten seiner Art – werden die täglichen Probleme von Bürgern behandelt, die in bestimmten Bereichen ihres Lebens Grenzen überwinden, sei es, indem sie in einem anderen EU-Land reisen, studieren, arbeiten oder sei es, indem sie dort heiraten, ein Haus oder ein Auto kaufen. Der Bericht umfasst 25 Maßnahmen, die die Kommission in den nächsten drei Jahren ergreifen will, um den europäischen Bürgern das Leben zu erleichtern:

- **Touristen/im Ausland lebende Bürger:** Die Kommission möchte die Vorschriften zum Schutz von Ferienreisenden beispielsweise vor dem Bankrott ihres Reiseveranstalters während ihres Urlaubs aktualisieren (IP/09/1824). Außerdem sieht sie zusätzliche Möglichkeiten, die Rechte der Fahrgäste für alle Verkehrsarten auszubauen und die Rechte von Fluggästen (z.B. bei erheblichen Verspätungen und wenn Flüge gestrichen werden) durchzusetzen. Sie baut das Recht auf konsularischen Schutz von EU-Bürgern aus, deren Heimatstaat nicht in einem Drittland vertreten ist, indem sie den rechtlichen Rahmen konkretisiert und sowohl die Bürger als die Konsularbediensteten für dieses Thema sensibilisiert.
- **Verbraucher:** Die Kommission unterstützt die Bürger dabei, im Fall von Problemen mit einem Händler entschädigt zu werden, indem sie durch die Förderung alternativer Streitschlichtungsverfahren und Mediation rasche und kostensparende grenzübergreifende nichtgerichtliche Vergleichsmöglichkeiten erleichtert.

- **Paare:** Die Kommission wird Rechtsakte vorschlagen, die für internationale Paare die Frage klären, welches nationale Recht auf ihr gemeinsames Haus oder Bankkonto anwendbar ist und welche Gerichte zuständig sind.
- **Arbeitnehmer:** Die Kommission entwickelt ein neues System für den elektronischen Informationsaustausch zwischen den nationalen Behörden, um für Menschen, die in einem anderen EU-Land arbeiten, die Übertragung ihrer Sozialversicherungsansprüche zu vereinfachen und zu beschleunigen.
- **Autobesitzer:** Die Kommission wird Rechtsakte vorschlagen, um Bürokratie und Formalitäten für die Zulassung des in einem anderen EU-Land gekauften Autos zu reduzieren. Außerdem wird sie eine Lösung für Fälle finden, in denen von Bürgern verlangt wird, die Zulassungssteuer zweimal zu zahlen.

Neues Programm „Europa für die Bürger“

Das Programm „Europa für die Bürger“, mit dem u.a. Städtepartnerschaften und Programme für die Bürger gefördert werden, wird derzeit überarbeitet. Die Kommission beginnt heute mit der öffentlichen Konsultation zur Neuauflage des Programms, an der man sich in allen 23 Amtssprachen der EU im Internet beteiligen kann.

Ein Binnenmarkt für mehr Wachstum

Unsere 20 Millionen Unternehmen mit ihren 175 Millionen Arbeitsplätzen spielen eine Schlüsselrolle, wenn wir wieder Wachstum erreichen wollen. Die Akte für den Europäischen Binnenmarkt beinhaltet wesentliche Erleichterungen für den Mittelstand, der über 99 % der europäischen Unternehmen stellt. Aber der Wohlstand und das Wachstum Europas hängen nicht ausschließlich von den europäischen Unterneh-

men ab. Ein gutes Sozialsystem, hochwertige Bildung, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und Löhne sind ebenso wichtig. Die Binnenmarktakte soll Europas in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft stärken und stellt die Menschen als Verbraucher, Steuerzahler, Arbeitnehmer, Investoren, Unternehmer, Patienten oder Rentner ins Zentrum des Binnenmarkts.

Wichtigste Prioritäten:

- Für die Unternehmen - Kapital für KMU: KMU haben es oft schwer, notwendige Finanzmittel zu finden. Die kleineren europäischen Unternehmen werden von potenziellen Investoren kaum wahrgenommen, und die Voraussetzungen für die Börsennotierung sind komplex. Die Kommission wird vorschlagen, dies zu ändern, die KMU durch die Vereinfachung der Rechnungslegungsvorschriften finanziell zu entlasten und ihnen einen besseren Zugang zu öffentlichen Aufträgen zu verschaffen. Um weitere Kosteneinsparungen auf den Weg zu bringen, wird die Kommission die Einführung einer gemeinsamen Steuerbemessungsgrundlage für grenzübergreifend tätige Unternehmen prüfen.
- Für die Unternehmen - Initiative für soziales Unternehmertum: Europa verfügt über ein enormes Potenzial für die Entwicklung des sozialen Unternehmertums. In den letzten Jahren haben viele Einzelpersonen, Stiftungen und Unternehmen Initiativen ergriffen, um bedürftigen Personen mit Lebensmitteln, Unterkunftsmöglichkeiten, ärztlicher Versorgung, Arbeitsplätzen und Bankdienstleistungen unter die Arme zu greifen. Damit mehr grenzübergreifende Aktionen möglich werden, wird die Kommission, um die Sozialwirtschaft voranzubringen, europäische Satzungen für solche Organisationen vorschlagen. Die Kommission wird ferner längerfristige – auch

ethisch motivierte – Investitionen fördern und Optionen für etwaige Kennzeichnungsregelungen ausloten.

- Für Verbraucher - Online-Handel: Die jungen Europäer können nicht verstehen, warum sie ihre Musik nicht einfach jederzeit auf jeder Website kaufen können. Der Online-Markt ist heute äußerst leistungsschwach. Daher wird die Kommission 2011 Bestimmungen vorgelegen, damit die Urheber und Künstler ihre Produkte in ganz Europa mittels einer Zentralstelle verkaufen können und angemessen für ihre Arbeit entlohnt werden. Darüber hinaus werden sich die vollständige Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie und neue Regeln für den elektronischen Geschäftsverkehr positiv auswirken.
- Für Arbeitnehmer - Berufliche Qualifikationen: In den Mitgliedstaaten sind derzeit 4600 Berufe unterschiedlich reguliert. Deswegen ist eine Überarbeitung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsabschlüssen überfällig. Die Kommission ist überzeugt, dass die Einführung eines „Berufs-Ausweises“ erheblich zum Bürokratieabbau beitragen würde.

Den Binnenmarkt zu einem Erfolg machen

Ohne wirkungsvolle Durchsetzung käme der Binnenmarkt rasch zum Stillstand. Die EU-Mitgliedstaaten sind für die rechtzeitige und ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Vorschriften in ihr nationales Recht verantwortlich. Über die üblichen Durchsetzungsmaßnahmen hinaus wird die Kommission mit den Mitgliedstaaten regelmäßig Gespräche über beispielsweise die Bewertung von EU-Rechtsakten und alternative Streitbeilegungsmöglichkeiten führen.

Um den Prozess voranzutreiben, eröffnet die Kommission eine offene, umfassende europaweite Diskussion mit sämtlichen interessierten Kreisen über die Akte für den Binnenmarkt. Die

Kommission wird die Zivilgesellschaft noch intensiver an Dialog und Konsultation beteiligen. Insbesondere möchte sie ihre Expertengruppen für Verbraucherverbände, Gewerkschaften, Wirtschaftsvertreter und Gebietskörperschaften zugänglich machen.

Der heute erscheinende Bericht über die Unionsbürgerschaft ist im Newsroom der Generaldirektion Justiz verfügbar:

http://ec.europa.eu/justice/news/intro/news_intro_en.htm

Die Homepage der Vizepräsidentin und EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft Viviane Reding findet sich unter

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/reding/index_de.htm

Die Homepage des EU-Kommissars für den Binnenmarkt Michel Barnier findet sich unter

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/barnier/index_en.htm

Weitere Informationen über die Akte für den Binnenmarkt finden Sie unter

http://ec.europa.eu/internal_market/smact/index_en.htm ■

Die Industrie für Europa – Europa für die Industrie



28. OKTOBER 2010

Die Industrie muss die Hauptrolle spielen, wenn Europa eine weltweite Wirtschaftsmacht bleiben soll. Das ist die Kernbotschaft der Mitteilung „Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“, die von der Europäischen Kommission auf Initiative von Vizepräsident Antonio Tajani angenommen wurde. Von dieser Mitteilung, die als Leitinitiative Bestandteil der Strategie „Europa 2020“ (Europe 2020 strategy) ist, sollen starke Impulse ausgehen für mehr Wachstum und Arbeitsplätze. Erreicht werden soll dies durch den Erhalt und die Unterstützung einer kräftigen, diversifizierten und wettbewerbsfähigen industriellen Basis in Europa, die gut bezahlte Arbeitsplätze bietet und gleichzeitig weniger CO2 erzeugt. Der Strategie ist ein Bericht über die Wettbewerbsleistung der einzelnen Mitgliedstaaten (vgl. MEMO/10/533) und der jährliche Bericht über die europäische Wettbewerbsfähigkeit beigefügt.

Antonio Tajani, Vizepräsident der Europäischen Kommission und zuständig für Industrie und Unternehmertum, erklärte dazu: „Unsere Industrie ist das Herzstück Europas und unerlässlich für die Bewältigung der Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft heute und in der Zukunft steht. Europa braucht seine Industrie und die Industrie braucht Europa. Wir müssen das ganze Potenzial des Binnenmarktes mit seinen 500 Mio. Verbrauchern und seinen 20 Mio. Unternehmern erschließen.“

Im Zeitalter einer sich intensivierenden Globalisierung sind Vorstellungen von nationalen Wirtschaftszweigen und Industrien ganz einfach veraltet. Was tatsächlich benötigt wird, sind aufeinander abgestimmte politische Reaktionen Europas. Europa braucht außerdem ein Konzept, das die gesamte Wertschöpfungskette – von der Infrastruktur und den Rohstoffen bis zum Kundendienst – umfasst. Die Förderung von Gründungen kleiner und mittlerer Unternehmen sowie deren Wachstum müssen im Mittelpunkt der EU-Industriepolitik stehen. Darüber hinaus muss der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft als Gelegenheit begriffen werden, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Nur eine europäische Industriepolitik, deren Ziele Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit sind, kann die kritische Masse auf sich vereinen, die Wandel und Koordinierung ermöglicht und die Voraussetzung für Erfolg ist. Antonio Tajani fügte hinzu: „Es wird keine Nachhaltigkeit ohne Wettbewerbsfähigkeit geben, und es wird keine dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit ohne Nachhaltigkeit geben. Und ohne einen Quantensprung in der Innovation wird es keines von beiden geben!“

Die zehn Kernpunkte für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas:

- Eine ausdrückliche und gründliche „Prüfung auf Wettbewerbsfähigkeit“ neuer Rechtsvorschriften wird durchgeführt. Die Auswirkungen aller politischen Vor-

schläge auf die Wettbewerbsfähigkeit werden eingehend analysiert und berücksichtigt.

- Durch „Eignungsprüfungen“ bestehender Rechtsvorschriften wird das Potenzial für Verringerungen der kumulierten Wirkung von Rechtsvorschriften ermittelt. Damit sollen die Kosten für Unternehmen in Europa verringert werden.
- Die Gründungen kleiner und mittlerer Unternehmen sowie deren Wachstum werden durch einen erleichterten Zugang zu Krediten und durch Unterstützung bei ihrem Gang auf internationale Märkte gefördert.
- Es wird eine Strategie zur Förderung der Stärken der europäischen Normung vorgelegt, um den Bedürfnissen der Industrie gerecht zu werden.
- Die europäischen Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsinfrastrukturen sowie Dienstleistungen werden modernisiert, um der Industrie mehr Effizienz zu bieten und um dem heutigen, sich wandelnden und von Wettbewerb gekennzeichneten Umfeld besser Rechnung zu tragen.
- Es wird eine neue Rohstoffstrategie vorgelegt, mit der die passenden Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Versorgung mit einheimischen Primärrohstoffen und für ihre Bewirtschaftung geschaffen werden sollen.
- Der sektor-spezifischen Innovationsleistung wird durch Maßnahmen in bestimmten Bereichen Rechnung getragen, beispielsweise im Bereich der fortgeschrittenen Fertigungstechnologien, im Baugewerbe, bei der Verwendung von Bio-Kraftstoffen im Straßen- und Schienenverkehr, um insbesondere die Ressourceneffizienz zu verbessern.
- Den Herausforderungen, die sich bei den energieintensiven Industrien stellen, wird durch Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zur Innovationsunterstützung begegnet.

- Es wird eine mit der Europäischen Weltraumorganisation und den Mitgliedstaaten gemeinsam entwickelte Raumfahrtspolitik durchgeführt. Die Kommission wird eine Industriepolitik im Raumfahrtsektor entwickeln, um eine solide, die gesamte Lieferkette umfassende industrielle Grundlage zu schaffen.
- Die Kommission wird jährlich einen Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit Europas und der Mitgliedstaaten, über industriepolitische Maßnahmen und über die Leistungsfähigkeit erstellen (vgl. MEMO/10/533).

Soll das ehrgeizige Ziel einer kräftigen, diversifizierten und wettbewerbsfähigen industriellen Grundlage in Europa erreicht werden, so sind sich gegenseitig verstärkende politische Maßnahmen erforderlich. Das trifft insbesondere auf die verschiedenen Leitinitiativen zu, die im Rahmen von „Europa 2020“ und anderen Strategien, z. B. jener zum EU-Binnenmarkt vom 27. Oktober, entwickelt wurden (vgl. IP/10/1390)

Antonio Tajani zieht folgende Schlussfolgerung: „Europa, das ist mehr als nur die Summe seiner Einzelteile. Es sind unsere gemeinsamen Ziele in der Industriepolitik, die wir höher stecken müssen; es ist unsere aktive Politik, die wir intensivieren müssen und es ist das europäische Regieren selbst, das wir stärken müssen. Es ist jedenfalls nicht „Business as Usual“. “

Hintergrund

Europas Industrie erholt sich von der Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre und es gibt Anlass, zuversichtlich darauf zu vertrauen, dass die Industrie die Fähigkeit besitzt, die Herausforderungen erfolgreich zu bestehen, die sich aus der sich wandelnden Weltwirtschaft ergeben. Gleichwohl ist das Produktionsniveau der Industrie immer noch mehr als 10 % niedriger als vor der Krise, und dies trotz der jüngsten dynamischen Erholung um fast 10 %. Von den Erwerbstätigen des privaten Sektors ist ein Viertel in der Industrie und ein weiteres Viertel in industrienahen Dienstleistungen beschäftigt. 80 % aller Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten des privaten Sektors erfolgen in der verarbeitenden Industrie. ■

Leitlinien zur Vermeidung von Konflikten zwischen Windenergieausbau und Biodiversitätspolitik



29. OKTOBER 2010

Obgleich Windenergie für Flora und Fauna im Allgemeinen keine Bedrohung darstellt, können fehlerhaft konzipierte Windparks oder solche mit schlecht gewähltem Standort nachteilige Auswirkungen auf empfindliche Arten und Lebensräume haben. Die Europäische Kommission hat heute daher Leitlinien für den Ausbau von Windenergie in geschützten Naturgebieten veröffentlicht. Diese Leitlinien gelten für das Natura-2000-Netz, das ein Eckpfeiler der Biodiversitätspolitik der EU und ein wichtiges Instrument in den Bemühungen der EU ist, den Verlust an biologischer Vielfalt bis 2020 zu stoppen und umzukehren. Der Windenergie kommt bei der Verwirklichung des EU-Ziels, bis 2020 einen Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch Europas von 20 % zu erreichen, eine wichtige Rolle zu, und ihr Einsatz in Natura-2000-Gebieten ist nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Solche Projekte müssen jedoch auf Einzelfallbasis bewertet werden.

EU-Umweltkommissar Janez Potočnik erklärte hierzu: „Diese neuen Leitlinien verschaffen den Mitgliedstaaten und der Industrie Klarheit, wie der Ausbau von Windenergie im Einklang mit den Anforderungen von Natura 2000 erfolgen kann. Es werden keine Änderungen der Rechtsvorschriften oder der Politik vorgenommen, sondern lediglich Leitlinien zu den bestehenden Vorschriften an die Hand gegeben. Wir wollen sicherstellen, dass die Ziele für erneuerbare Energien unter Ein-

haltung der Artenschutzbestimmungen der EU erreicht werden.“

Strategische Planung als Schlüssel

Mit den heute veröffentlichten Leitlinien sollen Konflikte zwischen dem Ausbau von Windenergie und der Erhaltung der biologischen Vielfalt in den Natura-2000-Schutzgebieten vermieden werden. Es wird aufgezeigt, welche Bedeutung einer strategischen Planung zukommt und dass neue Windenergieprojekte einer angemessenen Qualitätsprüfung unterzogen werden müssen. Die Leitlinien enthalten beispielhafte Praktiken und zeigen, wie bei Windenergieprojekten Schädigungen von empfindlichen Naturgebieten vermieden werden können.

Eines der wirksamsten Mittel, um die Auswirkungen von Windparks auf Natur, Flora und Fauna von Beginn des Planungsprozesses auf ein Minimum zu begrenzen, ist die strategische Planung von Windparkprojekten über ein breites geografisches Gebiet. Dies führt nicht nur zu einem stärker integrierten Rahmen, sondern dürfte auch das Risiko von Problemen und Verzögerungen in späteren Phasen auf Ebene der einzelnen Projekte verringern.

Hintergrund

Europa hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 seinen Energieverbrauch zu 20 % aus erneuerbaren Energien zu decken. Windenergie

soll einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung dieses Ziels leisten. Außerdem trägt sie dazu bei, Emissionen von Treibhausgasen und Luftschadstoffen sowie den mit der konventionellen Stromgewinnung in der EU verbundenen Verbrauch an Süßwasser wesentlich zu reduzieren. Windenergie hatte in den vergangenen zehn Jahren ein rasches Wachstum zu verzeichnen und machte im Jahr 2009 rund 4,8 % des gesamten Stromverbrauchs in der EU aus. Dieser Anteil dürfte sich bis 2020 mindestens verdreifachen.

Natura 2000, ein EU-weites ökologisches Netz aus knapp 26 000 Gebieten in den 27 EU-Staaten, wurde im Rahmen der

FFH-Richtlinie von 1992 errichtet und umfasst nahezu 18 % der Landfläche der EU. Ziel ist die Erhaltung und nachhaltige Nutzung von Gebieten mit großer biologischer Vielfalt und die Sicherung des langfristigen Überlebens der wertvollsten und am stärksten bedrohten Arten und Lebensräume Europas. Natura 2000 ist kein System von streng geschützten Naturgebieten, in denen jede menschliche Tätigkeit untersagt ist. Sicher wird das Netz auch Naturschutzgebiete umfassen, doch dürfte der größte Teil der Fläche weiterhin in Privatbesitz sein, und es wird darauf ankommen sicherzustellen, dass diese Gebiete künftig in einer sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich nachhaltigen Weise bewirtschaftet werden.

Weitere Informationen

Leitlinien für Windenergie und Natura 2000

http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/guidance_en.htm

Naturschutz- und Biodiversitätspolitik der EU

http://ec.europa.eu/environment/nature/index_en.htm

Windenergiepolitik der EU

http://ec.europa.eu/energy/renewables/wind_energy/wind_energy_en.htm



EINLADUNG STAKEHOLDER-DIALOG "Vision 2050"

Wir wollen mit dem Einverständnis vom WBCSD (World Business Council for Sustainable Development), im Dokumentenspeicher vom vorliegenden Glocalist Review das Strategiepapier "Vision 2050" (dt. Version, Kurzfassung) publik machen. Die Glocalist Medien möchten Sie zum Dialog über dieses Visionpapier vom WBCSD herzlichst einladen.

HINTERGRUND

Auf dem diesjährigen CSR-Tag von "respect - austrian business council for sustainable development" wurde die "Vision 2050" des WBCSD vorgestellt:

„Die Vision 2050 ist ein ganzheitlicher und optimistischer Fahrplan, der den Weg in eine nachhaltige Zukunft aufzeigt. Unternehmen und Organisationen werden durch die Vision 2050 inspiriert, – im Dialog mit Politik und Gesellschaft – Strategien für eine nachhaltige Zukunft zu entwickeln und umzusetzen“, beschreibt Per Sandberg vom WBCSD das Dokument.

Die Meinungen über das Dokument sind geteilt und nicht alle sind der Ansicht, dass die Ziele so oder überhaupt erreicht werden können. Deshalb wollen die Glocalist Medien-Medien für Nachhaltigkeit zu einem konstruktiven Dialog und Meinungsaustausch einladen.

DIALOG EINLADUNG

Die Glocalist Medien laden alle Stakeholder und Expertinnen bzw. Experten zum Dialog über die "Vision 2050" des WBCSD ein und stellen folgende Fragen als Anregung:

- Wie realistisch sehen die Ziele des Dokuments?
- Sehen Sie die Maßnahmen als zielführend oder umsetzbar an?
- Was sind Ihre Visionen und Vorschläge?

Die Auswahl der Publikation obliegt den Glocalist Medien. Es wird mit der Zusendung des Beitrags das Einverständnis gegeben, den Beitrag im einzigen wöchentlichen E-Journal für Nachhaltigkeit in Europa, Glocalist Review, zu publizieren. Dieses Einverständnis erstreckt sich auf die Tages-Online-Zeitung für Nachhaltigkeit, Glocalist Daily News (> www.glocalist.com).

Die Glocalist Medien planen weiters, diesen Stakeholder-Dialog als Buch zu publizieren, worauf sich ebenfalls dieses Einverständnis erstreckt. Es wird keine Autorenremuneration gewährt. Die Urheber- und Autorenrechte verbleiben bei den jeweiligen Autorinnen bzw. Autoren. Jede Autorin bzw. jeder Autor erhält bei Publikation ein Belegexemplar (PDF) per Mail zugestellt. Beiträge, wo das eigene Unternehmen, NGO, politische Organisation oder Behörde lobend oder werblich angeführt werden, werden nicht berücksichtigt.

FORMALE ANGABEN

Zeichenanzahl von 5.500 bis 7.500 Zeichen inkl. Leerzeichen

Kurze Autorinnen- bzw. Autorennotiz
Photo (falls gewünscht) als jpg

Bitte senden Sie Ihren Beitrag an office@glocalist.com oder chefredaktion@glocalist.com als Word (.doc) Dokument.

Weitere Einsendungstermine:

4. November 2010, 11. November 2010

Vision und Machbarkeit

Von Michael May

**Michael May (1957),
Dipl.-Bankbetriebswirt,
Bankleiter Geno-Bank a.D.
Dozent für Finanzierung
und Unternehmensführung
an einer Berufsakademie
Bundesvereinigung
Restrukturierung,
Sanierung und Interim
Management e.V. (BRSI)
Mitglied im
Landesvorstand Hessen
des Verkehrsclub
Deutschland (VCD)
Selbständiger
Unternehmensberater**

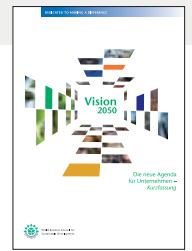
Für den Schriftsteller Umberto Eco war das Mittelalter das Gegenteil des Humanismus. Die damalige Gärung in den Gesellschaften aber habe die Moderne unter vielen Kämpfen erst möglich gemacht. Wir befinden uns in einem „neuen“ Mittelalter, jedoch sind die Herausforderungen noch größer bedenkt man die der Menschheit heute zur Verfügung stehenden Waffen. Wir müssen die Chancen also nutzen, denn ein Scheitern dürfte grausam sein. Sicherheiten gibt es auf diesem Weg keine. Jedoch definiert eine Vision einen möglichen Rahmen an dem man sich entlang hangelt und immer wieder neu justieren kann!

Spieltheoretisch gibt es viel zu viele Mitspieler, die sich vermeintlich auf unsere Kosten bereichern könnten. Dies trifft zunächst einmal auf Staaten zu. Schon der Post-Kyoto-Prozess zeigt, dass sehr unterschiedliche Interessenlagen bestehen. Aber auch wir Verbraucher stecken in diesem Dilemma. Warum sollte ein Chinese oder Inder sich beschränken, wenn er den vermeintlichen Reichtum seiner jeweiligen Mittelschicht sowie in Europa oder den USA jeden Tag im Fernsehen sieht? Eine positive Entwicklung und somit mögliche Umsetzung der Vision 2050 setzt aber eine Verhaltensveränderung des Verbrauchers weltweit voraus. Wird diese erzwungen sind wir von totalitären Steuerungs- und Herrschaftssystemen nicht mehr weit entfernt. In totalitären Systemen funktionieren die lokalen Lenkungssysteme jedoch kaum, die in der Studie Vision 2050 als so wichtig angesehen werden. Wir Menschen rechnen immer

„mit“ ob es sich „lohnt“. Wenn wir daher zu einer Art „Gestalter“ werden wollen benötigen wir unter anderem neue mathematische Methoden zur Erfassung des wahren Wertes etwa des Regenwaldes. Diese in Geld umgerechneten Werte müssen breit kommuniziert werden. Der Preis des Zerstörens muss höher sein als der des Erhaltens! Genannt sei hier das weltweite Erzeugen von Biomasse, welches Monokulturen und den Verlust der biologischen Vielfalt fördert. Erst seit der Tourismus Geld bringt wird etwa der Gorilla, unser nächster Verwandter, besser geschützt. Trotzdem ist er permanent bedroht.

Wichtig ist sicher auch die Frage wie etwa mit Patenten umgegangen wird. Die genetische Veränderung von Nutzpflanzen mag sinnvoll sein. Wenn die Bauern aber gezwungen werden jedes Jahr neues Saatgut zu kaufen, weil das genetisch Veränderte sich nicht reproduziert, dann wäre dies der falsche Weg. Es stellt sich somit die grundsätzliche Frage des Wissenstransfers auch jenseits der Landwirtschaft. Vielleicht müssen Regierungen zukünftig Patente von Konzernen kaufen, die diese ja mit viel Aufwand entwickelt haben und dieses Wissen dann kleinen und kleinsten Unternehmen kostenlos zur Verfügung stellen.

Das ärgste Hindernis stellen derzeit die nationalen Egoisten der Nationen dar. Nicht umsonst wurde vor kurzem die Deutsche Rohstoffagentur gegründet. Wer über Rohstoffe bzw. Zugang zu diesen verfügt hat eine wirksame Waffe in der Hand. Das Para-



dox of Plenty zeigt anschaulich, wie derzeit Staaten von der eigenen Führungsschicht und fremden Konzernen ausgeplündert werden. Diese Agentur soll unter anderem den Zugang der deutschen Wirtschaft zu allen benötigten Rohstoffen sichern, denn Vorkommen und Verwendung eines Rohstoffes bestimmen deren strategischen Wert. Neue Produkte und Verfahren basieren zudem aus einem neuen Mix von Technologie, Vorprodukten und Prozessen. Schon jetzt werden seltene Erden knapp und etwa China, eines der Länder mit den größten explorierbaren Vorkommen begrenzt deren Ausfuhr. Der Bedarf wird unter anderem in der Windkrafttechnologie und der Elektromobilität kräftig steigen. Daraus entstehen neue Hemmnisse und Risiken. Alle Länder werden in einen verstärkten Wettstreit um Rohstoffe aller Art treten. Der gerechten Verteilung der Rohstoffe wird somit eine maßgebliche Rolle für eine gute zukünftige Entwicklung zukommen!

Den Schlüssel zum Erfolg dürften die sich bietenden gewaltigen Marktchancen darstellen. Besser in den Griff bekommen müssen wir aber noch das Abschätzen der Innovationsgeschwindigkeit! Die Wirtschaft und auch die Regierungen brauchen zuverlässigere Prognosen über Entwicklungen, deren Realisation und auch Amortisation. Nationen und Unternehmen erhalten nur über realisierte Gewinne den benötigten finanziellen Handlungsspielraum! Aktuell liegt der breite Einsatz neuer Technologien im Energiebereich nach deren Erfindung laut dem Patentdienst Cambridge IP und Chatham House (britisches Forschungsinstitut) zwischen 19-30 Jahren, was eindeutig zu lang ist. Sind Länder aber in der Defensive werden über kurz oder lang protektionistische Verhaltensweisen die Oberhand gewinnen. Der derzeitige „Krieg der Währungen“ wäre nur ein Vorbote kommender Probleme. Überhaupt könnte dann das französische Modell der „Ecole de Guerre Economique“ Nachahmer in anderen Ländern finden. Jeder Strategieberater empfiehlt seinem Auftraggeber (Nationen, Unternehmen, Kandidaten für hohe politische Ämter) grundsätzlich zwei Strategien zu parallelen Anwen-

dung: Die freundliche „Pull-Strategie“ und die eher verdeckte „Push-Strategie“ (z. B. Negative Campaigning). Vertrauensbildendes Verhalten der Spitzenpolitiker der Nationen untereinander wird daher die erste Grundlage eines jeden Erfolgs darstellen!

Die Zielsetzung der Vision 2050 ist richtig und wichtig. Das Zeitfenster des Handelns ist vielleicht nur noch für ein paar Jahre offen. Wir können weder negative noch positive Rückkopplungen sowohl im realen Auftreten, der Intensität als auch den Zeitraum sicher einschätzen. Daher ist es wichtig zumindest einen sinnvollen Plan zu haben. Die Vision 2050 bietet eine hervorragende Grundlage für eine weitere Fortentwicklung und ein auf konkrete Ziele hin gerichtetes Vorgehen. Entscheidend wird sein, dass die Nationen dieser Welt erkennen, dass sie voneinander abhängig sind. Auch muss es gelingen, die Unternehmen und Verbraucher mit ins Boot zu nehmen. Geschieht dies hauptsächlich mit immer neuen Gesetzen und Belastungen für den Einzelnen ist mit einer nur geringen Akzeptanz zu rechnen.

Die Ziele der Vision 2050 sind vielschichtig und sehr ambitioniert. Es ist sehr wahrscheinlich, dass zu viele Probleme gleichzeitig in einem historisch vergleichbar recht kurzen Zeitraum gelöst werden sollen. Nahezu alle Wissenschaften sind betroffen und gefordert Ihren Beitrag zu leisten. Die Komplexität ist enorm und es bedarf wohl eines gigantischen Abstimmungsaufwands als auch permanenter „fire stations“ für unerwartet aufbrechende Krisenherde oder Rückschläge. Trotz Planung bleiben solche Prozesse letztlich nur sehr begrenzt steuerbar. Es ist ein wenig wie bei einer Gratwanderung auf einem hohen Berg: Die Luft wird knapper, der Weg ist gefährlich, nur ab und zu wird das Ziel angepeilt um dieses nicht aus den Augen zu verlieren. Dann wird jeder Schritt genau durchgeführt. Das ist anstrengend, aber trotzdem machen wir es. Wir verlassen die Komfortzone weil wir uns weiter entwickeln wollen und wir am Ziel große Freude über das Gelingen empfinden. ■

Und was wird aus dem Land?

Von Kenneth Anders

Die Studie „Vision 2050“ blendet die zentrale Herausforderung für die Schaffung nachhaltiger Strukturen aus, um ihren unternehmerischen Mut nicht zu bremsen.

Dr. Kenneth Anders, Jahrgang 1969, ist Kulturwissenschaftler. Gemeinsam mit Lars Fischer entwickelt er in Brandenburg Methoden der Landschaftskommunikation zur Begleitung und Initiierung kulturlandschaftlicher Diskurse – z.B. im Oderbruch.



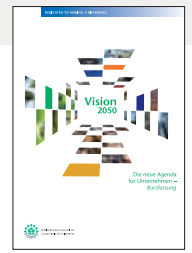
Eine neue Agenda für Unternehmen muss in erster Linie auf unternehmerische Spielräume gerichtet sein. Diesem Anspruch wird das Papier in gewisser Weise gerecht. Es will Mut und Lust machen, sich den Herausforderungen zu stellen, die durch Bevölkerungswachstum und Ressourcenknappheit auf die Menschheit als Ganze zukommen – und somit auch auf jene, die etwas unternehmen wollen.

Die damit verbundenen Konflikte werden dagegen nur allgemein als ein schwerer Abschied von altem Denken beschrieben. Einen systemischen Änderungsbedarf will das Papier in Kernfragen einer nachhaltigen Strategie nicht anerkennen, vielmehr verlässt man sich voll und ganz auf den technologischen Fortschritt und überlässt die offenen

Fragen einer Neuordnung der politischen Steuerung. Das mag bei den neuen Chancen der Wasseraufbereitung, der Informationstechnologie oder der Abfallwirtschaft berechtigt sein, obwohl man schon bei Formulierungen wie „weltweite Verfügbarkeit klimaschonender Mobilität“ einmal nachfragen sollte, ob hier wirklich an normative Kompromisse oder nicht doch eher an die Quadratur des Kreises gedacht worden ist. Bei den klassischen primären Landnutzungen wie Land- und Forstwirtschaft ist es dagegen blind und entspricht dem allerorten viel zu wohlfeilen Optimismus bei der Erstellung von Best-Case-Szenarien globaler Entwicklung.

Die Autoren gehen davon aus, dass die demografischen Prozesse der Gegenwart ungehindert anhalten, was zu einer weiteren Landflucht sowie der Konzentration der Menschen in Städten führen würde. Darin sind sie sich mit den meisten Wissenschaftlern und Politikern einig. Von dieser Annahme wird abgeleitet, dass die Herausforderung der Nachhaltigkeit folglich auch eine vornehmlich urbane Aufgabe ist. Die angedeuteten Lösungen folgen dieser Logik: Verdopplung der Bioproduktivität, Deckung des steigenden Bedarfs an Fleisch und Fisch, im Umkehrschluss Ausweisung ungenutzter Schutzgebiete für die Biodiversität.

Das entsprechende Szenario blendet die zivilgesellschaftliche Dimension der von der Abwanderung betroffenen Räume konsequent aus. Von Stadt-Land-Partnerschaften ist keine Rede, wahrscheinlich deshalb, weil



sich in den Augen der Autoren das Land als eigenständig beschreibbarer Siedlungsraum überhaupt auflöst. Entlegen wirtschaftende Landwirte müssten lediglich mit Wissen, neuer Technologie und den richtigen Anreizen versorgt werden, um ihre Aufgaben pro Nachhaltigkeit erfüllen zu können. Diese Vorstellung ist irrig.

Ländliche Räume, in denen es keine funktionierende Zivilgesellschaft mehr gibt und in denen entsprechende kulturlandschaftliche Diskurse fehlen, entwickeln sich zu Betriebsflächen, auf denen ein spezialisierter Unternehmenszweck unter Rationalisierungsdruck realisiert wird. Das gilt für Afrika wie für Brandenburg. Die gegenwärtige Ausdifferenzierung multifunktionaler Landschaften in Agrarzonen, Tourismusgebiete, Industrieflächen, neue Wildnisse und Wohnareale weist längst in diese Richtung. Sie geht mit einer Untergrabung, nicht mit einer Stärkung von Nachhaltigkeitsstandards einher. Die gegenwärtig populäre Annahme in den Umweltwissenschaften sowie in der Umweltpolitik, mit Gesetzen und Anreizen auf der Basis hochaggregierter Datensysteme ließe sich dieser Prozess aufhalten oder steuern, ist eine Illusion. Eine Steuerung im Hinblick auf eine ressourcenbewusste Landnutzung realisiert sich dauerhaft nicht durch Eingriffe von außen, sondern in selbst organisierten Systemen inmitten der Naturräume – und eben deren Herausbildung wäre die vornehmliche Aufgabe einer Nachhaltigkeitsstrategie für die nächsten fünfzig Jahre. Das würde übrigens – nebenbei bemerkt – auch auf die demografische Dynamik, die von den meisten Wissenschaftlern gegenwärtig wie ein Naturgesetz behandelt wird, interessante Auswirkungen haben.

Man kann dieses Problem an der rasanten Entwicklung der industriellen Massentierhaltung verdeutlichen, die von dem Papier an keiner Stelle infrage gestellt wird. Die konzentrierte Mast und Schlachtung tausender Tiere ist nicht nachhaltig – das weiß jeder. Sie erfordert einen viel zu hohen Futtermittelleinsatz aus Monokulturen, verursacht Umweltbelastungen, ist nicht artgerecht und verlangt einen permanenten Einsatz von Medikamenten. Dass sich diese Technologie trotzdem durchgesetzt hat, war nur auf der Basis räumlicher Segregation möglich. Massentierbetriebe sind nicht mehr Teil des menschlichen Habitats sie werden von keiner lokalen Steuerungsebene erreicht. Die Frage, ob die Tierhaltung, wie auch andere Formen der Landwirtschaft und des Handwerks, grundsätz-

lich nicht industrialisiert werden sollten, erscheint deshalb aus der gegenwärtigen Logik naiv. Sie hat aber nach wie vor ihre Berechtigung. Die weltweite Vernichtung der Böden und ganzer Agrarökosysteme konnte bislang in keiner Weise gestoppt werden, weil die primäre Landnutzung in ein System eingebunden wurde, das vielleicht für die Produktion von Kofferradios taugt, nicht aber für die von Hähnchenfleisch.

Selbstverständlich können auch in der primären Landnutzung zukünftig großartige Fortschritte gelingen, die dabei helfen, die Ernährungslücke einer wachsenden Menschheit zu schließen. Aber ob diese Fortschritte dann auch nachhaltige Nutzungen befördern, wird dort entschieden, wo sie angewandt werden. Die politischen Systeme können entsprechende Rahmenbedingungen setzen, auf die Steuerungsfunktion kulturlandschaftlicher Handlungsräume, in denen sich Kriterien dafür herausbilden, was eigentlich in einer spezifischen Landschaft legitim ist, können sie nicht verzichten.

Ähnliche strukturelle Schwierigkeiten werfen die in der Emphase der „vierten Revolution“ gefeierten neuen Bioenergien auf. Dass in ihnen die Zukunft unseres Energiesystems liegt, steht außer Frage, aber anzunehmen, dass ihre Entwicklung in nachhaltigen Flächenregimes erfolgt, ohne zugleich für vielfältige Partizipationsformen in der regionalen Wertschöpfung ländlicher Räume zu sorgen, ist eine grandiose politische oder ökonomistische Selbstüberschätzung.

Nun würden die Autoren von „Vision 2050“ vielleicht einwenden, es sei ja ein Leichtes, ihr Szenario um entsprechende Strategien zu ergänzen: hier eine Raumplanungsinitiative, dort ein landschaftskommunikativer Diskurs. Dazu ist erstens zu sagen: Dann sollten sie dies auch dringend tun, denn diese Aspekte sind unverzichtbar. Und zweitens ist zu sagen: Wenn die ländlichen Räume als Handlungsräume entwickelt werden, in denen Menschen ein vollwertiges Leben führen, das nicht dem Status eines Montagearbeiters entspricht (und eben dies ist Voraussetzung für ihre nachhaltige Bewirtschaftung), dann sollte man mit den Erwartungen an die Effizienzsteigerung der hier veranstalteten Nutzungen etwas vorsichtiger sein. Denn niemand wohnt gern in einem 20.000 ha großen Genmaisfeld oder am Rand einer nicht enden wollenden Windkraftanlage. ■

Die Vision 2050 zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Von Petra Kreinecker

Dr.in Petra Kreinecker ist seit 1½ Jahren Geschäftsführerin vom Netzwerk Soziale Verantwortung (NeSoVe) in Wien. Sie ist Ernährungswissenschaftlerin und Ernährungsökologin. Sie promovierte zu globalen Fragen der Ernährungssicherheit.



Das World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) hat kürzlich seine weitreichende "Vision 2050" in Wien präsentiert:

Spontan wäre man fast versucht, WBCSD für das ambitionierte Ziel einer Vision für das Jahr 2050 – „9 billion people live well within the limits of the planet“ – zu gratulieren. Gratulieren dazu, dass sich die Geschäftswelt zu eigen gemacht hat, was Meadows bereits 1972 mit den „Grenzen des Wachstums“ beschrieben hat. Gratulieren dazu, dass das Thema „Nachhaltigkeit“ in seiner ursprünglichen Version endlich Eingang gefunden hat in die Diskussionen von Unternehmen. Endlich – weil „... to live well, and within the limits of the planet ...“ bereits 1987 im Brundtland-Report und schließlich 1992 in

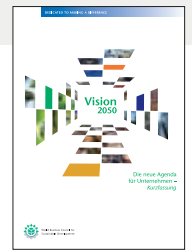
der Rio-Deklaration – im wahrsten Sinne des Wortes – gipfelte. Und das ist nicht ironisch gemeint.

Warum ist es für Glückwünsche dennoch zu früh? Dem Ziel, dass im Jahr 2050 „die gesamte Bevölkerung von 9 Milliarden Menschen innerhalb der Grenzen des Planeten Erde ein gutes Leben haben soll“, ist natürlich in keiner Weise etwas entgegenzusetzen.

Vielleicht liegt es einfach daran, dass der Weg dorthin kaum ausformuliert ist. Das Ziel ist da, Fahrplan und Route bleiben offen. Und warum möchte man sich noch so viel Zeit lassen, wenn man bedenkt, dass die Erde bereits heute als „übernutzt“ einzustufen ist.

Gut definierte Konzepte als Ausgangsbasis für Visionen

Weder „Nachhaltigkeit“ noch das zugrunde gelegte Konzept von „to live well“ wurden explizit definiert und verändern sich im Textverlauf. In anderen Weltregionen gab es in den vergangenen Jahren interessante Entwicklungen, die man nicht einfach übergehen kann. Zumindest dann nicht, wenn man vorgibt, einen visionären, weltweiten Anspruch zu vertreten. „El buen vivir“, also das gute Leben, wurde in den vergangenen Jahren zum Leitmotiv der indigenen Bewegungen Lateinamerikas und ermöglicht einen umfassenderen Einblick in die Grundbedürfnisse und Visionen anderer Kulturen. Nicht nur als intellektuell-philosophischer Diskurs, sondern als politisch-normatives Thema wurde das



Konzept in die Verfassungen der beiden Andenländer Bolivien und Ecuador aufgenommen.

Die Vision 2050 ist nicht der einzige Beitrag zur umfassenden Nachhaltigkeit, der in den vergangenen Jahren formuliert wurde. Im September 2000 haben sich alle damaligen 182 Mitgliedsstaaten der UNO auf acht Entwicklungsziele – die Millennium Development Goals (MDGs) – geeinigt, um eine zukunftsfähige und nachhaltige Weltentwicklung zu gewährleisten. Reiche und arme Länder verpflichteten sich, alles daran zu setzen, die Armut radikal zu reduzieren, die menschliche Würde und Gleichberechtigung zu fördern und Frieden, Demokratie und ökologische Zusammenarbeit zu verwirklichen. Die Staats- und Regierungschefs haben sich damals erstmals auf genau definierte Ziele und einen Zeitplan bis 2015 festgelegt. Der jüngst veröffentlichte Zwischenbericht zeigt allerdings wenige Fortschritte und man ist noch weit vom gesteckten Ziel entfernt. Eine Analyse, warum die MDGs dabei sind zu scheitern, wäre für die Umsetzung der Vision 2050 sicher hilfreich, denn sich allein auf „die Krise“ auszureiden, ist nicht zielführend und bringt uns der Vision 2050 eines „guten Lebens für alle innerhalb der Grenzen des Planeten“ nicht näher.

„Wir“ und „die anderen“ ist kein globales Konzept

Die ausformulierte Vision spiegelt vor, es gäbe ein weltweites, inkludierendes „Wir“. Als ob alle Menschen, lokale Gemeinschaften, Völker und Nationen dieselbe Ausgangsposition hätten. Betrachtet man beispielsweise Umwelt und Energie, so ist es kein Geheimnis, dass die Länder Europas und der USA ein Vielfaches an Energieverbrauch und CO²-Ausschüttung verursachen als die Länder des Südens. Dennoch kommt die Vision 2050 in ihrer Analyse zu dem Schluss, dass insbesondere in ärmeren Ländern die Energieeffizienz und der Anteil erneuerbarer Energie gesteigert werden müssen.

Eine weitere „grüne Revolution“ wäre fatal

Wer hätte gedacht, dass sich im beginnenden 21. Jahrhundert noch jemand traut, die „grüne Revolution“ der späten 1960er Jahre wiederzubeleben? Der Irrweg „grüne Revolution“ wird vom WBCSD wiederbelebt,

während die Nachwirkungen der letzten für Entwicklungsländer bis heute nachwirken und als Symbol für Armut und Abhängigkeit gelten. Wie viel Unterstützung kann man sich also von einem inkludierenden, weltweiten „Wir“ erwarten, wenn man dabei ist, Geschichtsfälschung statt Aufarbeitung zu betreiben?

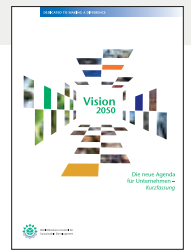
Die zentralen Herausforderungen könnten nicht eindeutiger sein

Wichtig für den weiteren Diskurs wäre die Auseinandersetzung mit einigen zentralen Fragen.

Welche historischen Gründe führten zur Differenzierung in „1. und 3. Welt“? Worin gründet der Reichtum der Einen und die Armut der Anderen? Auch der Zusammenhang zwischen Armut, Bevölkerungswachstum und Umwelt-Zerstörung kommt im Problem-Aufriss der Vision 2050 zu kurz.

Klimawandel lässt sich nicht von der Frage der Bevölkerungsentwicklung trennen. Während WBCSD in anderen Themenstellungen Rahmenbedingungen nicht einfach hinnehmen möchte, stellt es das Wachstum der Weltbevölkerung als scheinbar unausweichlich dar.

Die Bevölkerungsentwicklung in den Industriestaaten deutet darauf hin, dass mit der Erhöhung von Lebensstandard („to live well“) Kinder-Reichtum an Bedeutung verliert. Die Vision müsste infolgedessen konsequent in Armutsbekämpfung münden.



Eng verknüpft mit der Bevölkerungsentwicklung ist das Thema Landwirtschaft. Die FAO, die Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen, anerkennt bereits, dass weltweit ausreichend Nahrungsmittel zur Verfügung stehen, um die Weltbevölkerung zu ernähren. Damit sollte eine grüne Revolution endgültig vom Tisch sein.

Wenn wir uns darüber hinaus in Erinnerung rufen, dass Hunde und Katzen in Europa mehr Fleisch fressen, als Menschen in Afrika zur Verfügung haben (lt einer Studie von Footprint), dann sollte Verteilungsgerechtigkeit wohl im Zentrum aller angedachten Maßnahmen stehen.

Das gute Leben für alle braucht verbindliche Grundregeln

Es wird schwer sein, eine Win-Win-Situation herbeizureden, wenn ein fundamentaler Wandel - wie in der Vision 2050 beschrieben - notwendig ist. Diese Herausforderung muss in den reichen Ländern, und auch hier in Österreich aktiv angenommen werden. Aber woher nimmt WBCSD die Gewissheit, dass sich die bisherigen GewinnerInnen der Industrienationen ohne die Durchsetzungskraft staatlicher und supra-nationaler Gesetze, auf den Wandel einlassen?

Wer an Freiwilligkeit und Beliebigkeit glaubt, der möge sich in einem Gedankenspiel den österreichischen Straßenverkehr ohne rechtliche Rahmenbedingungen und vor allem ohne Strafmandate vorstellen.

Wie viele Kinder oder Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, würden lebend und unversehrt auf der anderen Straßenseite ankommen? ■